

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Andreas Maurer, Wolfram Schroff, Miriam Ehl

Solidarität und Finanz- gerechtigkeit in der EU-25

Die Positionen europäischer und deutscher
Akteure zur Finanziellen Vorausschau 2007-
2013

Diskussionspapier der FG 1, 2004/ 03, März 2004
SWP Berlin

Inhalt

Einleitung 3

Vorbehalte und erste Reaktionen 5

**Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den
Gemeinschaftseinnahmen 6**

Eigenmittelobergrenze 6

Eigenmittelbeschaffung 7

Rebate 8

Nebenkonzflikt Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 8

**Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den
Gemeinschaftsausgaben 9**

Landwirtschaft 9

Strukturpolitik 11

Interne und externe Politikbereiche 14

**Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und der Parteien
zu den Gemeinschaftseinnahmen 15**

Eigenmittelobergrenze 15

Eigenmittelbeschaffung und Rebate 15

**Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und der Parteien
zu den Gemeinschaftsausgaben 15**

Landwirtschaft 15

Strukturpolitik 16

Interne und externe Politikbereiche 18

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite EU 19

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite Deutschland 24

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite EU 26

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite Deutschland 40

Einleitung

Die Europäische Kommission stellte am 10. Februar 2004 ihre Mitteilung über die Finanzielle Vorausschau „Aufbau einer gemeinsamen Zukunft: Finanzielle und politische Perspektiven der erweiterten Union im Zeitraum 2007 – 2013“ vor. Hierin legt sie drei Aktionsprioritäten fest, die es ermöglichen sollen, den mit der Erweiterung verbundenen, internen und externen Herausforderungen der Europäischen Union zu begegnen. Das jährliche Finanzierungsvolumen soll dabei bis 2013 einen Stand von 143,1 Milliarden Euro (Zahlungsermächtigungen, ZE) erreichen, was 1,14 % des BSP der erweiterten Union entspricht. Die politischen Prioritäten der Kommission orientieren sich an den Zielsetzungen des Europäischen Rates von Lissabon und stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Nachhaltige Entwicklung: Wachstum, Kohäsion und Beschäftigung

Entsprechend den Lissabon-Zielen von 2000 sollen konkrete Zielvorgaben für die nationale und die gemeinschaftliche Politikgestaltungsebene gegeben werden. Schwerpunkte sind zukunftsorientierte Maßnahmen wie die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen auf dem Binnenmarkt, grenzüberschreitende bzw. grenzüberschreitend koordinierte Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme in der EU und Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung des sozialen und demographischen Wandels in Europa. Die hierfür erforderlichen EU-Politiken und Haushaltsmittel sollten klar auf die Verwirklichung dieser Ziele abstellen. Mit Blick auf den Wachstumsaspekt sollte daher den regional- und kohäsionspolitischen Maßnahmen Priorität eingeräumt werden. Für die Regionen der EU-15, die nach wie vor mit ernsthaften Entwicklungsproblemen zu kämpfen haben, aber auf Grund statistischer Effekte in der EU-25 nicht mehr für eine Förderung in der bisherigen Intensität in Betracht kommen, bietet die Kommission Übergangsmaßnahmen an.

- Die Gesellschaft der Bürger, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Gemäß den Zielen, die der Europäische Rat von Tampere 1999 für die Justiz- und Innenpolitik gesetzt hat, sieht die Kommission einen dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Einwanderung- und Asylpolitik sowie im Hinblick auf die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.

- Die Stellung der EU in der Welt

Mit der Erweiterung nimmt das wirtschaftliche Gewicht der EU im globalen Kontext zu. Vor allem mit Blick auf das künftige, unmittelbare Umfeld der EU-25 regt die Kommission Maßnahmen im Bereich der Liberalisierung

von Handel und Investitionen, der Vereinheitlichung der Rechts- und Gesetzesvorschriften und der Anbindung der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze an die der angrenzenden Staaten an. Auf der weltpolitischen Bühne und im Bereich der strategischen Sicherheit sollten sich künftige Politiken konzentrieren auf die Verteidigung gegen äußere Bedrohungen durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatsbankrott, Bürgerkriege und regionale Konflikte und auf den Schutz der Bürger vor nichtmilitärischen Risiken (Naturkatastrophen, Gesundheits- und Umweltkrisen und organisiertes Verbrechen).

Um den veranschlagten Finanzierungsbedarf von durchschnittlich 1,14 % des BSP im Bezugszeitraum zu decken, schlägt die Kommission eine signifikante Gewichtsverlagerung innerhalb des EU-Haushalts zu Gunsten der neuen Prioritäten vor. Das Ausgabenniveau sollte zunächst deutlich ansteigen, um die direkten Auswirkungen der Erweiterung aufzufangen. Das 2013 zu erreichende Zahlungsvolumen würde allerdings unterhalb der derzeitigen Obergrenze von 1,24 % des BSP bleiben.

Zur Frage der Einnahmeseite des EU-Haushalts kündigte die Kommission einen spezifischen Bericht über die Eigenmittel im Sommer 2004 an. In der Mitteilung vom Februar deutet sie bereits drei mögliche Ansätze zur Schaffung einer neuen europäischen Steuer an: Eine Steuer auf Unternehmensgewinne, eine feste Mehrwertsteuereinnahme und eine Energiesteuer.

Die zeitliche Planung zur Annahme der Finanziellen Vorausschau sieht die folgenden Schritte vor: Bis Mitte 2004 wird die Kommission Vorschläge für die förmlichen Rechtsakte sowie einen konkreten Zeitplan für die Verwirklichung ihrer Zielvorgaben unterbreiten. Im weiteren Verlauf soll das Europäische Parlament seine erste Stellungnahme abgeben, so dass der Rat mit den Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten beginnen kann. Die neue, im November eingesetzte, Kommission würde anschließend die endgültigen, verbindlichen Legislativbeschlüsse fassen. Um über genügend Zeit für die Vorbereitung der nächsten Förderprogrammgeneration für die Umsetzung der verschiedenen Politiken zu verfügen, müsste nach Ansicht der Kommission die neue Finanzielle Vorausschau im Laufe des ersten Halbjahres 2005 beschlossen werden.

Die Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 wird in den kommenden Monaten die Regierungen der künftig 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie die Kommission und das Europäische Parlament vor schwierige Verhandlungen stellen.

Vorbehalte und erste Reaktionen

Das gemeinsame Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi vom 15. Dezember 2003 mit Blick auf die Finanzverhandlungen und das harsche Echo, das es auf vielen Seiten hervorrief, bezeugen die zum Teil erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union. Während die Verfasser des Schreibens die Eigenmittellobergrenze auf das gegenwärtige Ausgabenniveau absenken wollen, mahnen andere angesichts der Erweiterung und der alten wie neuen Aufgaben in den Gemeinschaftspolitiken zu größeren finanziellen Anstrengungen.

Zu erwarten ist, daß sich die aktuelle Reformdebatte nicht um die europäische Landwirtschaft drehen wird, da hierfür die Ausgaben bereits im Oktober 2002 vom Europäischen Rat bis einschließlich 2013 festgelegt wurden. Vielmehr wird der zweite große Ausgabenbereich, die EU-Strukturpolitik, im Mittelpunkt der kommenden Beratungen stehen. Die bisherigen Empfänger von Strukturfördermitteln, allen voran Spanien, bangen mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten um den Verlust der Förderfähigkeit ihrer Regionen und verlangen deshalb von den ‚Nettozahlern‘ größere finanzielle Solidarität.

Mehr Geld erfordern zukünftig aber auch die Aufgaben in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in der Justiz- und Innenpolitik sowie im Bereich der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik. Und schließlich scheint eine Erhöhung der Mittel für die internen Politikbereiche der ‚alten‘ Europäischen Gemeinschaft mehr als wünschenswert, um den anspruchsvollen Zielen des Europäischen Rates von Lissabon mittelfristig gerecht zu werden.

Weniger spektakulär als der drohende Streit über die Gemeinschaftsausgaben erscheinen derzeit noch die Reformüberlegungen auf der Einnahmenseite. Aber auch hier werden Vorstöße zu einer Änderung des Eigenmittelsystems aller Voraussicht nach Dissonanzen hervorrufen. Spätestens der Ruf nach einer Modifizierung des bestehenden Rabattsystems wird für ausreichend Konfliktstoff sorgen.

Grund genug, die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten und der EU-Organe zu den anstehenden Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau in einer synoptischen Gesamtschau darzustellen.

Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den Gemeinschaftseinnahmen

Eigenmittelobergrenze

Der Brief der sechs ‚Nettozahler‘ an Kommissionspräsident Romano Prodi war Anlaß zum Streit. In ihrem Schreiben fordern die Unterzeichner, die durchschnittlichen Ausgaben für die kommende Finanzielle Vorausschau 2007-2013 auf dem gegenwärtigen Niveau von nicht mehr als 1,0% des Bruttonationaleinkommens in der EU (EU-BNE) zu stabilisieren. Diese Quote entspricht auch dem Mitte Dezember vom EU-Parlament verabschiedeten EU-Haushalt für 2004.¹ Die Regierungen der sechs größten Nettozahler versichern, daß trotz der geforderten Beschränkung des Ausgabenniveaus immer noch jährliche nominelle Zuwachsraten von knapp 5% für den EU-Haushalt zu erwarten seien und damit eine angemessene Gestaltung der Politik in der erweiterten Union gewährleistet sei.

Auf scharfe Kritik traf die Initiative der sechs Staaten hingegen in den Brüsseler EU-Organen. Romano Prodi hält die geplante Erweiterung und die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben bei einer dauerhaften Deckelung der Ausgaben für ausgeschlossen. Der Kommissionspräsident und mit ihm zehn weitere Kommissare befürworteten deshalb, die bisherige Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP in der kommenden Finanzperiode voll auszuschöpfen. Einigkeit bestand innerhalb der Kommission allerdings nicht. So wurde von Seiten der deutschen, britischen und niederländischen Kommissare ein Budgetvorschlag in Höhe von 1,15% des EU-BNE ins Spiel gebracht. Der Vorschlag konnte sich allerdings innerhalb der Kommission bisher nicht durchsetzen. In ihrer Mitteilung über die Finanzielle Vorausschau schlägt die Kommission vor:

- Die Beibehaltung der Ausgabenobergrenze von 1,24% des EU-BNE inklusive des Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 0,03% des EU-BNE,
- Verpflichtungen in Höhe von 120,68 Mrd. Euro für das Jahr 2006, die sich bis zum Jahr 2013 auf 158,45 Mrd. Euro erhöhen sollen,
- Durchschnittliche Zahlungsermächtigungen in Höhe von 1,14% des EU-BNE,
- Eine signifikante Gewichtsverlagerung innerhalb des EU-Haushalts zugunsten der neuen Prioritäten nachhaltige Entwicklung, Förderung der Interessen der EU-Bürger und Stärkung der Rolle der Union als

1 Vgl. EU-Haushalt 2004: gute Ergebnisse des Konzertierungsverfahrens, Brüssel, 24.11.03, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/Presse/241103_eu-budget2004_de.pdf

vollwertiger Partner und Akteur auf der Weltbühne.

Darüber hinaus warnt die Kommission davor, daß eine Ausgabenobergrenze von 1% des EU-BNE Kürzungen, bzw. ein Nicht-Erreichen der von den Mitgliedstaaten geforderten EU-Ziele in den einzelnen Politikbereichen zur Folge hätte.

Das Ansinnen der sechs ‚1%-Staaten‘ stößt bei den anderen EU-Regierungen auf unterschiedliche Reaktionen. Spanien lehnt als bisheriger Nettoempfänger von EU-Fördermitteln die Forderung nach einem „Einfrieren“ der Brüsseler Ausgaben entschieden ab. Polens Regierung äußert hingegen Verständnis für die sechs Mitgliedstaaten; schließlich seien die möglichen finanziellen Folgen einer solchen Begrenzung der Ausgaben, so der für die EU-Integration zuständige Staatssekretär Jaroslav Pietras, nicht ungünstig. Polen erhalte die vollen Direktzahlungen erst ab 2013, und die Strukturförderung sei auf 4% des BIP begrenzt. Weitere Verbündete sieht Finanzminister Hans Eichel seit dem EU-Finanzministerrat Ende Januar in Irland, Dänemark, Italien und Slowenien, die sich gegen die Erhöhung des EU-Etats von derzeit 100 Mrd. Euro im Jahr bis 2013 um etwa 50 Mrd. Euro verwehren. Explizit positiv zu den Vorschlägen der Kommission haben sich dagegen Finnland, Ungarn und die Slowakei geäußert.

Eigenmittelbeschaffung

Überlegungen mit Blick auf eine Reform des Eigenmittelsystems der Union werden bisher nur innerhalb der Kommission und auf Seiten der österreichischen Bundesregierung diskutiert. Haushaltskommissarin Michaela Schreyer befürchtet die völlige Abhängigkeit von Beiträgen aus den Mitgliedstaaten, die sich an deren Wirtschaftsleistung bemessen. Eine zunehmende Gefahr für die Finanzautonomie Brüssels stelle zudem die stetige Abnahme des Anteils der traditionellen Eigenmittel am Gesamtbudget dar. Schreyer und der österreichische Bundeskanzler Schüssel schlagen deshalb vor, bestimmte Steuereinnahmen (aus Wien wird die Körperschaftsteuer in die Diskussion gebracht) in den Mitgliedstaaten ganz oder teilweise für die EU-Finanzierung zu reservieren. Dies könne auf der Basis bereits bestehender harmonisierter Steuern geschehen, einer neuen EU-Steuer bedürfe es hierfür nicht.

Als weiteres Argument für eine Reform der Eigenmittelbeschaffung nennt die Haushaltskommissarin die Intransparenz des jetzigen Systems. Eine klar sichtbare EU-Steuer würde es hingegen dem einzelnen EU-Bürger ermöglichen, die abgeführten Steuern als solche wiederzuerkennen. Und nicht zuletzt entspreche eine unmittelbare Finanzierungsquelle auch dem politischen Status der Union. Tatsächlich birgt die Einführung einer EU-Steuer einen weiteren politischen Vorteil. Denn immerhin wären dann auch Wahlen zum Europäischen Parlament über Auseinandersetzungen zur Frage der Finanzierung weiterer Integrationsvorhaben analog zu na-

tionalen Wahlen zu gestalten. Europawahlen könnten genutzt werden, um die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der EU zu sanktionieren, die Fraktionen im EP sowie die Europäischen Parteien könnten sich einem Thema widmen, daß sich als Vehikel zur Europäisierung einer öffentlichen Debatte in allen EU-Staaten eignet.

Die anderen Mitglieder der Union halten sich hinsichtlich der Finanzierung des Budgets über eine eigene Steuer bedeckt. Die Erklärung von Staatsminister Bury im Plenum des Europäischen Konvents, wonach die Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung durch eine zusätzliche EU-Steuer für Deutschland nicht in Frage komme, dürfte insoweit auch dem derzeitigen Empfinden der meisten anderen Mitgliedstaaten entsprechen. Diese Haltung schließt allerdings die Schaffung eines autonomen und transparenteren Eigenmittelsystems nicht aus.

Rebate

Keine offiziellen Äußerungen seitens der EU-Staaten sind derzeit im Rahmen der Debatte um den britischen Beitragsrabatt zu hören. Abgesehen von Großbritannien dürften sich aber alle Mitgliedstaaten darin einig sein, daß die Beitragszahlungen für den britischen Zahlungsrabatt in Höhe von 4,7 Mrd. Euro nicht ohne weiteres fortgeführt werden sollten. Weder die ökonomische Situation in Großbritannien noch die anstehenden Kosten für die Erweiterung rechtfertigen die Beibehaltung des Sonderrabatts.

Die Kommission tritt ebenfalls für ein gerechteres System ein, ist sich aber angesichts der erforderlichen Einstimmigkeit im Europäischen Rat darüber bewußt, daß eine Änderung des Eigenmittelbeschlusses gegen die Londoner Regierung nur schwer durchzusetzen ist. In die entgegengesetzte Richtung geht deshalb der Vorschlag Michael Schreyers, eine zumutbare Obergrenze für Beiträge, die, gemessen am nationalen BSP, für alle Nettozahler gleichermaßen gilt, einzuführen. Dies hätte die funktionale Erweiterung des Rabattsystems auf alle Mitgliedstaaten der EU zur Folge. **In ihrer Mitteilung schlägt die Kommission daher die Einführung eines Korrekturmechanismus bei übermäßiger nationaler Haushaltsbelastung im Verhältnis zum relativen Wohlstand vor.¹**

Nebekonflikt Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Durch das EWR-Abkommen erhalten Norwegen, Island und Liechtenstein Zugang zum gemeinsamen Markt der Europäischen Union. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll, die EWR-Zone gleichzeitig mit der EU zum 1. Mai 2004 zu erweitern, um die neue EU-25 zu umfassen. Die drei EFTA-Länder sind von den momentanen Finanzverhandlungen der EU nicht direkt betroffen, da der Finanzierungsrahmen für den Zeitraum 2004-2009 bereits im Juli 2003 festgesetzt wurde. Ursprünglich hatte die Kommission 546 Millionen Euro jährlich von Norwegen gefordert. Dieser Betrag ent-

spricht der von der Kommission kalkulierten Summe, die anfallen würde, wenn Norwegen Vollmitglied - und Mitglied im Club der Nettozahler - der EU wäre. Nach langen und harten Verhandlungen zwischen der Kommission, einigen Mitgliedsstaaten² und den EWR-Staaten³ einigten sich die Akteure schließlich auf einen jährlich zu entrichtenden Beitrag Oslos von 230 Millionen Euro. Auch dieser Beitrag bedeutet immer noch eine Verzehnfachung im Vergleich zum bisherigen finanziellen Rahmen. 97 Prozent der EFTA-Beiträge werden von der reichen Ölnation Norwegen getragen, die mit ihren 4,5 Millionen Einwohnern das Schwergewicht unter den drei Ländern ist. Rechnerisch gehört Norwegen somit zu den größten Nettozahlern der EU und liegt, was das Pro-Kopf Einkommen betrifft, sogar an der Spitze der Nettozahler.⁴ Die Reaktionen auf diese drastische Erhöhung hielten sich in Norwegen bisher in Grenzen.⁵ Die nordischen EU-Mitglieder beobachten die Debatte in Norwegen allerdings sehr aufmerksam und deuten sowohl auf Regierungs- als auch auf parlamentarischer Ebene an, Argumentationsketten einer Koalition der nordischen Nettozahler in die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau einzuspeisen.

Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den Gemeinschaftsausgaben

Landwirtschaft

Die Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 lassen für den Bereich Landwirtschaft nicht die Annahme grundsätzlich neuer Vorschläge erwarten, sondern vielmehr die Beibehaltung oder gegebenenfalls leichte Modifikation bereits auf den Weg gebrachter Reformen. Weitreichende Beschlüsse mit Blick auf die Finanzierung der europäischen Agrarwirtschaft wurden sowohl auf dem Brüsseler Ratstreffen im Oktober 2002⁶ als auch auf der Tagung der Agrarminister im Juni 2003 in Luxem-

2 Polen drohte wochenlang mit einem Scheitern des Vertrages, würden die Fischquoten nicht erhöht.

3 Lichtenstein war kurz davor die Verhandlungen wegen der Beneš-Dekrete platzen zu lassen.

4 Vgl. „Best i EU-klassen“, in: **Nationen**, 09.01.2004. <http://www.nationen.no/nyheter/article842091.ece>

5 Als Exportnation ist Norwegen auf den gemeinsamen Markt angewiesen; ungefähr 75% des norwegischen Exports geht in die Mitgliedsstaaten der EU, und 62.5% des Imports stammt aus der EU. Insgesamt macht der Export fast 40% des norwegischen BIP aus. Die Zahlen wurden von der Deutschen Botschaft in Oslo zur Verfügung gestellt. http://www.deutschebotschaft.no/en/wirtschaft/foerderung/wi_daten_no.html

6 Vgl. Europäische Kommission, Informationsblatt: Erweiterung und Landwirtschaft: Ein faires, maßgeschneidertes Paket zugunsten der Landwirte in den Beitrittsländern, Brüssel, 20.12.02, http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt-

burg⁷ getroffen.

Im Vorfeld des Brüsseler Treffens kamen der französische Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder darin überein, die Ausgaben für Direktzahlungen und Preisstützung im Agrarbereich mit einem Inflationsausgleich von 1 % von 2007 bis 2013 einzufrieren, ein Kompromiß, der von den anderen Teilnehmern dann im Wesentlichen bestätigt wurde. Die Finanzierung der Osterweiterung im Agrarsektor wird nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs durch eine stufenweise Heranführung der Beitrittsländer an die zu erwartende Höhe an Direktzahlungen vollzogen. Die neuen Mitgliedstaaten erhalten 25 % der Direktzahlungen für das Jahr 2004, 30 % im Jahr 2005 und 35 % im Jahr 2006. Für die kommende Finanzperiode werden dann die Direktzahlungen stufenweise bis auf 100 % im Jahr 2013 erhöht.

Nach der förmlichen Annahme der Brüsseler Beschlüsse auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 einigten sich die Agrarminister in Luxemburg auf eine Reihe von Reformen, die der Ausgabenplanung im Agrarbereich die nötige Stabilität verleihen sollen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Maßnahmen, die der Überschußproduktion in der Gemeinschaft Einhalt gebieten und dem nötigen Strukturwandel in den ländlichen Regionen Mittel und Wege zur Seite stellen sollen. Die Ergebnisse der Beratungen sehen im Einzelnen vor:

- Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion,
- stärkere Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch die Mittelumschichtung im Rahmen der sogenannten Modulation,
- Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung von Umwelt-, Tier-schutz- und Qualitätsvorschriften (Cross Compliance),
- Mechanismus zur Wahrung der Haushaltsdisziplin in Form einer Anpassung der Direktzahlungen (Degression), und
- Anpassungen der Marktstützungspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), insbesondere durch Kürzungen im Milch- und Getreidesektor.

Die sechs „Nettozahler“ bekräftigen in ihrem Schreiben an Kommissionspräsident Romano Prodi, daß sie an den in Brüssel vereinbarten Agrarausgaben bis 2013 festhalten wollen. Es ist wohl auf das Drängen Frankreichs als größtem Empfänger von Agrargeldern zurückzuführen, daß diese Forderung in den Brief Eingang gefunden hat. Mit Großbritannien, Schweden und den Niederlanden gehören auch Staaten zu den Unterzeichnern, die seit Jahren einen radikalen Abbau der Agrarbeihilfen befürworten. Fehlende Kommentare von Seiten der anderen Mitgliedstaaten

&doc=MEMO/02/301|0|RAPID&lg=DE&display=

7 Vgl. Grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa, Luxemburg, 26.06.03, http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/03/898|0|RAPID&lg=de&display=

der EU-25 lassen darauf schließen, daß an dem Thema der Agrarausgaben in den Gesprächen für die Finanzielle Vorausschau 2007 nicht gerüttelt werden soll. Einzig und allein die Haushaltskommissarin Michaela Schreyer und Erweiterungskommissar Günther Verheugen stellen den Umfang der vereinbarten Agrarzahlungen in Frage, solange die sechs Net-zahler auf der Deckelung der Gesamtbudgets beharren.

Strukturpolitik

Die Ausgaben für die europäische Strukturpolitik werden im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen stehen. In diesem Zusammenhang ist auf den **dritten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt** hinzuweisen, in dem die Kommission ihre Vorstellungen zu den Grundzügen der künftigen Strukturpolitik darstellt. Die Vorschläge gründen auf der Annahme, daß die EU im Jahre 2007 27 Mitglieder haben wird, daß sich daher die sozioökonomischen Disparitäten in der Union verdoppeln und daß sich das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP um 12,5% verringern wird. Die KOM schlägt die folgenden drei Prioritäten vor:

Ziel 1 - Konvergenz: Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen. Unter dieses Ziel sollen Regionen mit einem BIP von weniger als 75% fallen. Für die dem ‚statistischen Effekt der Erweiterung‘ ausgesetzten Regionen schlägt die Kommission eine Übergangsregelung vor, die im Jahr 2013 endet.

Ziel 2 - Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Bei diesem Ziel geht es um die Erreichung der vom Europäischen Rat vereinbarten Lissabon-Ziele und die Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Unter dieses Ziel würden potentiell alle Regionen fallen, die nicht Ziel 1-Regionen sind, einschließlich jener Regionen, die auch ohne die Erweiterung über der 75%-Grenze liegen würden (so genannte phasing-in-Regionen). Die Mitgliedstaaten sollen die Ziel-2 Regionen selbst festlegen. Bislang ist diese Festlegung noch von einer Entscheidung der Kommission über die Liste der Ziel 2-Regionen abhängig.

Ziel 3 - Europäische territoriale Zusammenarbeit: Dieses Ziel dient der Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung der Union und ersetzt das derzeitige INTERREG-Programm. Hierbei soll die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Kooperation unterstützt werden. Unter dieses Ziel fallen damit auch die Maßnahmen der EU im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik zu den direkt angrenzenden Staaten und deren Regionen. Auch das für die Stadtentwicklungspolitik laufende Programm URBAN soll in diesem Ziel integriert werden.

Als übergreifende Ziele für die künftige Strukturpolitik formuliert die Kommission die vom Europäischen Rat festgelegten Entwicklungsprioritäten von Lissabon und Göteborg sowie – für die neuen Ziel 1-Regionen – den

Aufbau institutioneller Kapazitäten zur erfolgreichen Umsetzung der jeweils unter den Förderschwerpunkten bewilligten Finanzen.

Zur Förderung des ländlichen Raumes ist zunächst festzuhalten, daß die Kommission die Förderung der ländlichen Entwicklung ganz aus den oben genannten Zielen herausgenommen hat, weil sie mit der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ in die Gemeinsame Agrarpolitik integriert wird.

Zur Aufteilung der Finanzmittel schlägt die Kommission vor, daß 0,46% des EU-BNE künftig in die Kohäsionspolitik fließen werden. Isoliert man den Förderschwerpunkt der ländlichen Entwicklung, dann bleiben noch 0,41% für die Strukturfonds und die Kohäsionsfonds. Diese Grenze wird seitens der Kommission als Ausgabenziel und nicht als maximale Obergrenze angepeilt. Die Mittel sollen folgendermaßen auf die drei Ziele aufgeteilt werden:

- 78 % für Ziel 1, wobei der Schwerpunkt auf den neuen Mitgliedstaaten liegen soll. Die unter den statistischen Effekt fallenden Regionen der EU-15 sollen Mittelzuweisungen im Rahmen einer degressiven Staffelung erhalten,
- 18 % für Ziel 2, wobei die Mittel je zur Hälfte in die Lissabon-Ziele (EFRE) und die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie (ESF) fließen sollen. Für die ‚phasing-in-Regionen‘ ist eine Aufteilung von 81% EFRE und 19% ESF vorgesehen.
- Die verbleibenden 4 % entfielen schließlich auf Ziel 3.

Der Bedeutung des mit dem dritten Kohäsionsbericht angesprochenen Themas wurde die Europäische Kommission im Vorfeld bereits dadurch gerecht, daß sie alle beteiligten Akteure dazu aufforderte, sich an einer Diskussion über die Zukunft der EU-Strukturpolitik mit eigenen Positionen und Beiträgen auf einer hierfür eingerichteten Internetseite zu beteiligen. Die Positionen von siebzehn Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments und der Kommission selbst lassen neben großer Uneinigkeit in manchen Punkten auch Einvernehmen oder zumindest keinen nennenswerten Widerspruch in einzelnen Punkten erkennen. Dazu zählen:

- die Beibehaltung der Absorptionsgrenze für Strukturmaßnahmen von 4% des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP),
- die Konzentration auf die Ziel-1-Förderung,
- die Beibehaltung des Schwellenwerts für die Ziel-1-Förderung von 75% des regionalen BIP pro Kopf, gemessen am EU-Durchschnitt,
- mehr Vereinfachung, Effizienz und Transparenz bei der Vergabe und Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen, und
- mehr dezentrale Verantwortung bei der Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen.

Klare Differenzen bestehen hingegen insbesondere über die Höhe der für

die Strukturpolitik vorgesehenen Finanzausstattung sowie hinsichtlich der Übergangsregelungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt. Die Koalition der sechs Nettozahler Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich und Schweden tritt für eine deutliche Begrenzung der gemeinschaftlichen Ausgaben ein und läßt keinen Zweifel daran, daß in diesem Zuge auch die Ausgabenobergrenze für die Strukturpolitik gesenkt werden soll. Für ihre Beibehaltung treten hingegen mit Italien, Belgien, Finnland, Tschechien, der Slowakei und dem Europäischen Parlament sowohl alte als auch neue Mitgliedstaaten der Union sowie ein an den Verhandlungen um die Finanzziele Vorausschau beteiligtes und in der Legislaturperiode 2004-2009 gestärkt auftretendes EU-Organ ein. Portugal, Ungarn und Litauen befürworten sogar eine absolute Steigerung der Strukturausgaben. Die Anzahl derer, die der Strukturförderung zumindest das bisherige Gewicht zukommen lassen möchten, wird sich mit Sicherheit noch erhöhen, da sowohl eine Reihe von Beitrittsländern als künftige Nutznießer der europäischen Strukturpolitik als auch Spanien als bisher größter Empfänger von Fördermitteln ihre Vorstellungen noch gar nicht oder nur teilweise geäußert haben.

Die Festsetzung der Ausgabenobergrenze für die Strukturförderung wird auch stark davon abhängen, ob es gelingt, geeignete Übergangsregelungen (*phasing out*) für die durch den statistischen Effekt der EU-Erweiterung betroffenen Regionen aushandeln zu können. Bis auf Spanien und Portugal sind alle Mitgliedstaaten sowie die EU-Organe der Ansicht, daß die Ziel-1-Förderung in diesen Regionen in Form von Übergangszahlungen auslaufen müsse. Über Höhe und zeitliche Dauer der Zuwendungen gibt es allerdings noch keine konkreten Verlautbarungen. Allein die Aussagen Deutschlands, Großbritanniens und Dänemarks, Übergangszahlungen nur zeitlich eng begrenzt gewähren zu wollen, dürften bei den zu erwartenden „Verlierern“ der Erweiterung auf Widerstand stoßen.

Stellvertretend für die unterschiedlichen Ansichten der Mitgliedstaaten über die Höhe der Strukturausgaben und die Beschaffenheit der Übergangsregelungen ist auch innerhalb der Kommission ein Streit darüber entbrannt. Auf der einen Seite plädiert Regionalkommissar Michel Barnier für die Beibehaltung, wenn nicht gar Überschreitung der bisherigen Ausgaben für die Strukturpolitik. Zudem fordert er längere und substantiellere Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt, als dies die bestehenden Phasing-Out-Regelungen vorsehen. Auf der anderen Seite wünscht eine Gruppe von Kommissaren um Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein eine radikale Umverteilung der Strukturhilfen auf die Beitrittsländer zu Lasten der bisherigen Empfänger. Achtzehn Regionen würden dabei ihren Ziel-1-Förderstatus verlieren. Den Kommissaren geht es in erster Linie darum, mehr Finanzierungsmittel für ihrer Meinung nach zukunftssträchtigere Politikbereiche zur Verfügung stellen zu können. In diesem Sinne befürworten sie auch den Wegfall der Ziel-2-Förderung, ein Vorschlag, der bisher nur auf deutscher Seite auf Ge-

genliebe stößt.

Die Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organen zur Finanzierung der EU-Strukturpolitik zeigen, daß die Bereitschaft für einen generellen Systemwechsel bisher gering ist. Ein am Prinzip der Solidarität orientierter, radikaler Umbau der Strukturförderung, der eine Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten und nicht mehr zwischen den Regionen vorsieht, wird bisher nur von Schweden und den Niederlanden erwogen (Kohäsionsansatz).

Bereits ansatzweise verwirklicht wurde dieser Ansatz im Rahmen des seit 1993 bestehenden Kohäsionsfonds. Als bisherige und zukünftige Empfänger der aus diesem Fonds stammenden Mittel setzen sich Portugal, Ungarn, Slowenien, Tschechien und Litauen für seinen Erhalt und weiteren Ausbau ein.

Interne und externe Politikbereiche

Die Kommission wünscht sich eine Erhöhung der Ausgaben insbesondere in den Bereichen, die zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zu einer angemessenen Erfüllung ihrer künftigen Aufgaben in der GASP beitragen. Die gemeinsame Initiative der sechs Nettozahler mit Blick auf die kommende Finanzielle Vorausschau läßt allerdings keine nennenswerte Steigerung der finanziellen Ressourcen für die internen und externen Politikbereiche erwarten. Zwar betonen die Regierungen, daß die EU-Ausgaben zur Steigerung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit beitragen sollen und weitere Schlüsselaufgaben in der GASP, dem Schutz der Außengrenzen und der Steuerung der Migrationsströme liegen, jedoch wird die Senkung der Ausgabenobergrenze auf 1% des BNE die Spielräume hierfür eher begrenzen. Wie ernst es Deutschland, Frankreich, Belgien und andere Befürworter einer Aktivierung der Regeln für die verstärkte Zusammenarbeit in diesen Bereichen meinen, wird sich letztlich auch in deren Bereitschaft zur finanziellen Ausstattung des EU-Haushalts zeigen. In Paris wird relativ offen die Karte der den EU-Regeln entzogenen Finanzierung gespielt. Im Prinzip geht die Debatte über die Flexibilisierung einzelner Integrationsschritte daher implizit auch um die Frage des Verhältnisses zwischen Supranationalisierung und Intergouvernementalisierung in den relativ neuen Politikfeldern des EU-Rechts.

Die anderen Mitgliedstaaten enthalten sich bisher jeglicher Kommentare und bemühen sich lieber um ihre Positionierung zur Strukturpolitik auf der Grundlage des bestehenden Acquis. Dies läßt darauf schließen, daß die Höhe der zu verteilenden Gelder für die internen und externen Politiken letztlich von den politischen Entscheidungen über die Integrationstiefe dieser Bereiche abhängig sein wird.

Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und der Parteien zu den Gemeinschaftseinnahmen

Eigenmittelobergrenze

Der Wille der Bundesregierung, die Eigenmittelobergrenze auf einem Niveau von nicht mehr als 1% des EU-BNE zu stabilisieren, stößt in Deutschland nur bedingt auf Zustimmung. Die SPD sowie Vertreter von CDU/CSU und FDP sprechen sich deutlich für eine Entlastung der Nettoposition Deutschlands aus und somit gegen eine Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP aus. Leichte Unterstützung üben die Bundesländer, die sich in einem gemeinsamen Eckpunktepapier zwar für die Beibehaltung, nach Möglichkeit aber auch Unterschreitung der bestehenden Eigenmittelobergrenze einsetzen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sieht hingegen in einer Gemeinschaft aus 25 Mitgliedstaaten keinen Spielraum für eine Deckelung des EU-Haushalts.

Eigenmittelbeschaffung und Rebate

Bündnis 90/Die Grünen sind bisher auch die einzige Partei, die in einem Programmentwurf zum Europawahlkampf klare Anforderungen an das europäische Eigenmittelsystem stellt. So betonen sie die Notwendigkeit, die Union in Zukunft direkt am nationalen Steueraufkommen zu beteiligen oder durch eine eigene EU-Steuer zu finanzieren. Das Eigenmittelsystem müsse für den Bürger durchschaubar und dem erreichten Integrationsstatus der Union gerecht werden. Den britischen Beitragsrabatt lehnen Bündnis 90/Die Grünen als ungerechtfertigt ab.

Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und der Parteien zu den Gemeinschaftsausgaben

Landwirtschaft

Die Bundesregierung, die einzelnen Bundesländer sowie die beiden Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen bisher keine Veranlassung, für eine Modifikation der in Brüssel und Luxemburg angenommenen Beschlüsse zur Finanzierung der europäischen Agrarpolitik einzu-

treten. Einzig und allein die mittelfristige Senkung des Agraranteils am Gesamtbudget und eine stärkere Förderung der Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen in der Landwirtschaft werden von Bündnis 90/Die Grünen als politische Zielvorgaben formuliert.

Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP zeigen sich mit den finanziellen Vorgaben für die europäische Landwirtschaft bis 2013 grundsätzlich einverstanden. Die stufenweise Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen wird von Seiten der CDU/CSU ausdrücklich begrüßt. Die Unionsparteien warnen aber zugleich davor, daß den deutschen Bauern durch automatische Kürzungen bei den Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik im Rahmen des Mechanismus zur Sicherung der Haushaltsdisziplin weitere Gelder verloren gehen könnten, sobald die starre Ausgabenobergrenze durch die anfallenden Kosten der Erweiterung überschritten würde.

CDU/CSU und FDP halten auch die Entkopplung der Direktausgaben vom Produktionsvolumen für einen Schritt in die richtige Richtung, mahnen zugleich aber dazu, diese zwecks Übersichtlichkeit und geringerem Verwaltungsaufwand vollständig vorzunehmen. Als zu bürokratisch und kostenintensiv gelten darüber hinaus insbesondere bei der CDU/CSU die Regelungen zu Modulation und Cross Compliance. Generell sind alle drei Parteien der Ansicht, daß eine gesicherte Finanzierung der europäischen Agrarpolitik nur aus dem Einstieg in die nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen erwachse. Damit verringere sich sowohl der deutsche Beitrag an den Agrarausgaben als auch deren Anteil am Gesamtbudget.

Strukturpolitik

Wie schon auf europäischer Ebene spielt die Finanzierung der EU-Strukturpolitik ab 2007 auch in den Überlegungen der wichtigsten Akteure in Deutschland eine weitaus größere Rolle als die europäische Agrarpolitik. Gemessen an den Forderungen der Bundesregierung bergen die Standpunkte seitens der Länder sowie von Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU sowohl Übereinstimmungen als auch Konfliktstoff. Zu den Punkten, die ein Einvernehmen erwarten lassen, zählen:

- die Beibehaltung der Absorptionsgrenze für Strukturmaßnahmen von 4% des jeweiligen nationalen BIP,
- die Konzentration auf die Ziel-1-Förderung (die Bundesregierung möchte hierfür 90 bis 95% aller Strukturmittel verwenden, Bündnis 90/Die Grünen hingegen nur zwei Drittel),
- die Beibehaltung des Schwellenwerts für die Ziel-1-Förderung von 75% des regionalen BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt, und
- mehr Vereinfachung, Effizienz und Transparenz bei der Vergabe und Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen.

Eine Mehrheit der deutschen Akteure fordert zudem mehr dezentrale Ver-

antwortung bei der Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen sowie eine Lockerung der beihilferechtlichen Bestimmungen auf nationaler und regionaler Ebene.

Zu den kontroversen Punkten gehört in erster Linie die Frage nach der Höhe der Ausgaben für die Strukturpolitik. Hiermit eng verknüpft ist die Einrichtung von Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung aufgrund des durch die Erweiterung ausgelösten statistischen Effekts entfällt. Die Forderung der Bundesregierung, die bisherige Obergrenze von 0,45% des EU-BIP zu senken und den Regionen, die aus der Förderung fallen, mit eng begrenzten Übergangszahlungen zur Seite zu stehen, wird nur von einem Teil der Bundesländer, allen voran Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen, mit Zustimmung aufgenommen. Die ostdeutschen Länder üben sich hingegen in deutlicher Kritik an diesem Vorhaben, das sie den Verlust ihrer bisherigen Förderung ohne entsprechenden Ausgleich fürchten. Unterstützung erhalten sie hierbei von der CDU/CSU, die zwar keine konkrete Zahl für die Höhe der Strukturzahlungen nennt, sich aber für Übergangszahlungen auf dem Niveau der bisherigen Ziel-1-Förderung stark macht. Bündnis 90/Die Grünen sprechen hingegen von „gerechten“ Übergangszahlungen, die in der Beibehaltung und vollständigen Ausschöpfung der bisherigen Ausgabenobergrenze ihre geeignete Finanzierung finden sollen.

Unterschiedliche Ansichten lassen sich auch hinsichtlich des zweiten und dritten Förderziels identifizieren. Während die Bundesregierung diese vollends abschaffen möchte, plädieren Bündnis 90/Die Grünen sowie einige westliche Bundesländer für ihre Beibehaltung. Insbesondere die Maßnahmen, mit denen sich ein europäischer Mehrwert erzielen läßt, sollten ihrer Meinung nach auch in Zukunft fortgeführt werden.

Der Wunsch nach einem vollständigen Umbau der europäischen Strukturpolitik wurde bisher von deutscher Seite nur verhalten geäußert. Mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sieht nur ein Teil der Bundesländer in einer grundlegenden Reform der EU-Strukturpolitik mit einem Systemwechsel hin zu einer ausschließlichen Förderung schwächerer Mitgliedstaaten eine achtbare Alternative. Der Wechsel zu Transferzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten könnte zu mehr Effizienz und Kostenersparnis bei der Verwaltung der europäischen Fördermittel sowie zu mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für die Überwindung ihrer Strukturprobleme führen. Voraussetzung für die Zustimmung der Länder zu einem Nettofondssystem wäre allerdings die frühzeitige und rechtsverbindliche Zusage durch den Bund, die den Ländern dadurch entgehenden EU-Mittel zu kompensieren. Eine Lockerung der beihilferechtlichen Regelungen müsse zur Ausweitung der nationalen Förderung noch hinzukommen. Ähnliche Überlegungen sind auch innerhalb der CDU/CSU-Fraktion zu vernehmen.

Interne und externe Politikbereiche

Hinsichtlich der internen und externen Politikbereiche der Gemeinschaft haben in Deutschland neben der Bundesregierung bisher die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stellung bezogen und eine Erhöhung der Ausgaben vorgesehen. Als vordringliches Ziel nennen alle drei Parteien die Erhöhung der Ausgaben für die Forschung.

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite EU

EU-ORGANE/ MITGLIED-STAATEN (EU 25)	Eigenmittelobergrenze	Eigenmittelbeschaffung	rebate
KOMMISSION	• Festhalten am bisherigen EU-Budget nur durch Absenken der Zuflüsse an die jetzigen Empfänger möglich² • elf Kommissare, darunter Prodi, Barnier und Lamy, für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³ • deutsche, britische und holländische Kommissare für eine Ausgabenobergrenze von 1,15% des EU-BNE⁴ • nach Bedarfsschätzungen der einzelnen Kommissionsabteilungen Ausgaben von 1,30% des EU-BNE möglich⁵ Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der Ausgabenobergrenze von 1,24% des EU-BNE inklusive des Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 0,03% des EU-BNE • für Verpflichtungen in Höhe von 120,68 Mrd. Euro 2006 bis zu 158,45 Mrd. Euro 2013 • für durchschnittliche Zahlungsermächtigungen in Höhe von 1,14% des EU-BNE • für signifikante Gewichtsverlagerung innerhalb des EU-Haushalts zu Gunsten der neuen Prioritäten nachhaltige Entwicklung, Förderung der Interessen der EU-Bürger und Stärkung der Rolle der Union als vollwertiger Partner und Akteur auf der Weltbühne	• gegen völlige Abhängigkeit von BSP-Eigenmitteln • für Steuerfinanzierung der EU auf Basis bestehender harmonisierter Steuern⁸ • für mehr Transparenz für den Steuerzahler⁹ Mitteilung der Kommission: • Vorschläge über neue Einnahmequellen werden dem im Sommer 2004 erscheinenden Eigenmittel-Bericht zu entnehmen sein • für Stärkung der Transparenz für den EU-Bürger und der Finanzautonomie für die Union • für Stärkung steuerfinanzierter Einnahmequellen im Rückgriff auf die Körperschafts-, Mehrwert- oder eine Energiesteuer • gegen Einführung einer eigenen EU-Steuer in naher Zukunft¹⁰	• Ablehnung des britischen Beitragsrabbatt • für Festlegung einer zumutbaren Obergrenze für alle Nettozahler gemessen am nationalen BSP¹² Mitteilung der Kommission: • für Korrekturmechanismus bei übermäßiger nationaler Haushaltsbelastung im Verhältnis zum relativen Wohlstand¹³

	• Ausgabenobergrenze von 1% des EU-BNE hätte Kürzungen, bzw. ein Nicht-Erreichen der von den Mitgliedstaaten getragenen Ziele in den einzelnen Politikbereichen zur Folge • Ausgabenobergrenze von 1,30% des EU-BNE entspräche am besten der Erfüllung gemeinsamer Ziele und der Osterweiterung⁶ • Kommissare Schreyer, Verheugen, Patten und Wallström äußerten kommissionsintern Bedenken⁷	• gegen Besteuerung grenzüberschreitender Finanztransaktionen und einer Harmonisierung der Unternehmenssteuer, wie es von Kommissar Fischler vorgeschlagen wurde¹¹	
EUROPÄISCHES PARLAMENT	Nach Mitteilung der Kommission: SPE • Wynn: für flexible Eigenmittelobergrenze • Wynn/i Naval: unterstreichen, dass die finanzielle Vorausschau auf einer interinstitutionellen Vereinbarung beruht • i Naval: 1,24% Eigenmittelobergrenze nicht eindeutig – kann zu Zahlungsdifferenzen von 7 Mrd. führen EVP-DE • Elles: stellt die Notwendigkeit der finanziellen Vorausschau in Frage ELDR • Watson: für Erhöhung der Eigenmittelobergrenze EDU • Bonde: für Ausgabenstopp¹⁴	Nach Mitteilung der Kommission: EVP-DE • Grossetête: gegen die Erhebung einer EU-Steuer¹⁵ Grüne • Cohn-Bendit: für Finanzierung der EU über Eigeneinnahmen, z.B. eine Kerosinsteuer¹⁶ EDU • Bonde: Ärmere Mitgliedsstaaten sollten gar keinen Mitgliedsbeitrag zahlen müssen¹⁷	Nach Mitteilung der Kommission: EDU • Van Dam: für den von der Kommission vorgeschlagenen Korrekturmechanismus • Van Dam: für eine Begrenzung der Zahlungen an das EU-Budget auf 1% des EU-BIP für Länder, die auf einem Niveau von über 90% des durchschnittlichen EU-BIP liegen¹⁸
AUSSCHUSS DER REGIONEN	• Baron/ Delabarre: für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des EU-BNE Nach Mitteilung der Kommission: • für die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung des EU-Haushalts¹⁹		

DEUTSCHLAND	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁰ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²¹	• gegen zusätzliche EU-Steuer²²	Nach Mitteilung der Kommission: • steht Korrekturmechanismus offen gegenüber
FRANKREICH	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²³ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁴		Nach Mitteilung der Kommission: • für Abschaffung des britischen Beitragsrabatts²⁵
GROSSBRITANNIEN	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁶ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁷		• für unveränderte Beibehaltung des britischen Beitragsrabatts²⁸ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des britischen Beitragsrabatts²⁹
ITALIEN	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³⁰ Nach Mitteilung der Kommission: • gegen Kürzung des EU-Haushalts mit Blick auf die Erweiterung und die gemeinsamen Ziele der Union³¹		
BELGIEN		• für eigenständige Finanzierungsquelle der EU³²	
NIEDERLANDE	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE³³ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE³⁴		Nach Mitteilung der Kommission: • für den von der Kommission vorgeschlagenen Korrekturmechanismus, wenn dadurch die Nettozahlungen der Niederlande sinken³⁵

DÄNEMARK	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³⁶ Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE³⁷		
IRLAND	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³⁸		
SCHWEDEN	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE³⁹ Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁴⁰		Nach Mitteilung der Kommission: • stellt Beibehaltung des britischen Beitragsabatts in Frage⁴¹
ÖSTERREICH	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁴² Nach Mitteilung der Kommission: • Unterstützung für die Ziele des Kommissionsvorschlags • weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁴³	• für eigene EU-Steuer, wenn damit die Steuerlast für die EU-Bürger nicht steigt⁴⁴ Nach Mitteilung der Kommission: • Vorschlag einer Kerosinsteuer zur Erhöhung der Eigenmittel⁴⁵	
SPANIEN	• gegen Deckelung der EU-Ausgaben auf 1% des EU-BNE⁴⁶ • für mehr finanzielle Solidarität⁴⁷ • Baron: für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des EU-BNE Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des EU-BNE • weiterhin gegen Deckelung der EU-Ausgaben auf 1% des EU-BNE⁴⁸		Nach Mitteilung der Kommission: • gegen Beibehaltung des britischen Beitragsabatts • gegen den von der Kommission vorgeschlagenen Korrekturmechanismus⁴⁹

FINNLAND	Nach Mitteilung der Kommission: • für Kommissionsvorschlag⁵⁰	Nach Mitteilung der Kommission: • gegen Einführung einer EU-Steuer⁵¹	Nach Mitteilung der Kommission: • gegen jeglichen Zahlungsrabatt • der vorgeschlagene Korrekturmechanismus würde das System weiter verkomplizieren⁵²
POLEN	• Verständnis für die Forderung der sechs Nettozahler, die EU-Ausgaben auf 1% des EU-BNE zu begrenzen⁵³ Nach Mitteilung der Kommission: • Vorschlag der Kommission gute Ausgangsposition für weitere Verhandlungen⁵⁴ • für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% von EU-BNE⁵⁵		
UNGARN	• für mehr finanzielle Solidarität von Seiten der Nettozahler⁵⁶ Nach Mitteilung der Kommission: • erachtet die von der Kommission vorgeschlagene Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des EU-BNE als gute Ausgangsposition für Verhandlungen⁵⁷		
TSCHECHIEN	Nach Mitteilung der Kommission: • erachtet die von der Kommission vorgeschlagene Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des EU-BNE als gute Ausgangsposition für Verhandlungen⁵⁸		
SLOWAKEI	Nach Mitteilung der Kommission: • für Anhebung der Eigenmittelobergrenze auf 1,3% des EU-BIP bei Berücksichtigung der Anzahl von 27 Mitgliedsstaaten	Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung des bisherigen Eigenmittelsystems	
SLOWENIEN	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁵⁹		

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite Deutschland

BUNDESREGIERUNG, BUNDESLÄNDER UND PARTEIEN	Eigenmittelobergrenze	Eigenmittelbeschaffung	rebate
BUNDESREGIERUNG	- für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁶⁰ Nach Mitteilung der Kommission: - weiterhin für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁶¹	gegen zusätzliche EU-Steuer⁶²	Nach Mitteilung der Kommission: steht Korrekturmechanismus offen gegenüber
BUNDESLÄNDER	für Beibehaltung und nach Möglichkeit Unterschreitung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁶³		
SPD	- für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁶⁴ - Garrelt Duin (MdEP): für konsequente Ausschöpfung der bestehenden Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁶⁵ Nach Mitteilung der Kommission: - stimmt mit den politischen Prioritäten der Kommission weitgehend überein - für mehr Realismus und Kohärenz bei der Ausgestaltung des Finanzrahmens - für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE mit Blick auf die Anforderungen nationaler Haushaltskonsolidierung⁶⁶		

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	• für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁶⁷ Nach Mitteilung der Kommission: • Haushaltsentwurf der EU-Kommission wird den Aufgaben der Union gerecht⁶⁸	• für direkte Beteiligung am nationalen Steueraufkommen oder die Einführung einer eigenen EU-Steuer⁶⁹ Nach Mitteilung der Kommission: • für mehr Transparenz des Eigenmittelsystems • gegen Diskussion über EU-Steuer zum jetzigen Zeitpunkt⁷⁰	• für Abschaffung des britischen Beitragsrabatt⁷¹ Nach Mitteilung der Kommission: • für das von der Kommission vorgeschlagene Rabattsystem⁷²
CDU/CSU	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁷³ • EVP-DE-Fraktionsvorsitzender Hans-Gert Pöttering: für maßvolle Erhöhung der Ausgaben auf 1,15% des EU-BNE⁷⁴ Nach Mitteilung der Kommission: • Vorschlag der Kommission nicht finanzierbar und völlig unrealistisch • für Begrenzung der EU-Ausgaben durch Zurückverlagerung der Aufgaben nach Deutschland, z. B. durch nationale Kofinanzierung der Landwirtschaft von 50%⁷⁵ • für Begrenzung der Ausgaben durch Reformen in den ausgabenrelevanten Politiken der EU⁷⁶	• gegen eigene EU-Steuer⁷⁷	
FDP	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁷⁸ • für finanzielle Entlastung Deutschlands⁷⁹ Nach Mitteilung der Kommission: • für Begrenzung der Ausgabenobergrenze auf 1% des EU-BNE⁸⁰	• gegen Einführung einer EU-Steuer⁸¹	
PDS	• für Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP⁸²		

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite EU

EU-ORGANE/ MITGLIEDSTAATEN (EU 25)	Landwirtschaft	Strukturpolitik	Interne Politikbereiche	Externe Politikbereiche
KOMMISSION	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁸³ • gegen höhere Direktzahlungen für die Beitrittsländer⁸⁴ • Schreyer/ Verheugen: für Kürzung der Agrarausgaben bei Deckelung des EU-Budgets auf nicht mehr als 1% des EU-BNE⁸⁵ Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013 • für Beibehaltung der Beschlüsse des Rates von 2003 über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik • für konstante Verpflichtungen in Höhe von 56,01 Mrd. Euro 2006 bis zu 57,8 Mrd. Euro 2013⁸⁶	• gegen Anhebung des Schwellenwerts für den Erhalt der Ziel-1-Förderung in den bisherigen Förderregionen • für Übergangslösungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen⁸⁷ • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung⁸⁸ • für Vereinfachung und mehr Effizienz bei den Vergabeverfahren⁸⁹ Gegensätzliche Positionen innerhalb der Kommission: Regionalkommissar Barnier • für zukünftige Finanzausstattung der Strukturpolitik in Höhe von mindestens 0,45% des EU-BIP⁹⁰ • für längere und substanziellere Übergangszahlungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen⁹¹ • für Unterstützung territorialer und thematischer Prioritäten außerhalb der Ziel-1-Förderung⁹²	• für Erhöhung der Ausgaben für die Asyl- und Immigrationspolitik • für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen⁹⁸ • für Erhöhung der Forschungsförderung • für Erhöhung der Förderung erneuerbarer Energien • für Erhöhung der Förderung für die Transeuropäischen Netze • für Erhöhung der Ausgaben für die Beschäftigungspolitik⁹⁹ • Prodi: für Einrichtung eines Fonds zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Höhe von 22 Mrd. Euro¹⁰⁰	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP • für Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den Gemeinschaftshaushalt • für Erhöhung der Ausgaben für die neuen Nachbarn • für Erhöhung der Ausgaben für ein flexibles Instrument bei Kriseninterventionen • für Erhöhung der Ausgaben für die militärische Forschung¹⁰² Mitteilung der Kommission: • für Erhöhung der Verpflichtungen für <i>Die EU als globaler Partner</i> von 11,23 Mrd. Euro 2006 auf 15,74 Mrd. Euro 2013.

		Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein • für radikale Umverteilung der Strukturhilfen auf die Beitrittsländer zu Lasten der bisherigen Empfänger; 18 Regionen verlieren ihren Ziel-1-Förderstatus⁹³ • für Wegfall der Ziel-2-Förderung⁹⁴ Mitteilung der Kommission: • für Erhöhung der Verpflichtungen für regional- und kohäsionspolitische Maßnahmen von 38,79 Mrd. Euro 2006 auf 50,96 Mrd. Euro 2013 • für Übergangszahlungen für die Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP⁹⁵ • für Konzentration von 80% der Fördermittel auf die am wenigsten entwickelten Staaten und Regionen • 15% der Fördermittel zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung • 5% der Fördermittel zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit • etwa die Hälfte der Strukturhilfen für die bisherigen Mitgliedstaaten⁹⁶ Nach Mitteilung der Kommission: • Haushaltskommissarin Schreyer droht Bundesregierung mit Stopp der EU-Regionalförderung bei Festhalten an Budgetforderung von 1% des EU-BNE⁹⁷	Mitteilung der Kommission: Für Erhöhung der Verpflichtungen für die <i>Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung</i> von 8,79 Mrd. Euro 2006 auf 25,82 Mrd. Euro 2013. Dazu zählt: • Förderung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Binnenmarkt • Verdoppelung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten • Vervierfachung der EU-Hilfen für den Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen sowie die Vernetzung der Energieversorgung und der Telekommunikation • Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme in der EU • Unterstützung der Gesellschaft bei der Bewältigung des sozialen Wandels Für Erhöhung der Verpflichtungen für den Bereich <i>Bürgerliche Gesellschaft – Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit</i> von 1,38 Mrd. Euro 2006 auf 3,62 Mrd. Euro 2013. Dazu zählt: • Aufbau einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik • Bekämpfung von Krimina-	Dazu zählt: • Anbindung der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze an die der angrenzenden Staaten • Verteidigung gegen äußere Bedrohungen in Form von Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Staatsbankrott, Bürgerkriege und regionale Konflikte • Gewährleistung der zivilen Sicherheit und den Schutz der Bürger vor Gefährdung in Form von Naturkatastrophen, Gesundheits- und Umweltkrisen oder organisiertem Verbrechen • für Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den EU-Haushalt¹⁰³
--	--	---	---	---

			lität und Terrorismus • Unterstützung bei Naturkatastrophen oder Gesundheits- und Umweltkrisen • Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie Verbraucherschutz und -sicherheit¹⁰¹	
EUROPÄISCHES PARLAMENT	Nach Mitteilung der Kommission: EDU • Bonde: für jährliche Senkung der GAP-Beiträge um 20%¹⁰⁴	• gegen Senkung der Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Beibehaltung von Übergangsregelungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen • für alternative Indikatoren neben dem BIP pro Kopf bei der Festsetzung der Förderungswürdigkeit • gegen Renationalisierung der Kohäsionspolitik • für fortlaufende Unterstützung von Regionen in der EU-15 nach der Erweiterung¹⁰⁵ Nach Mitteilung der Kommission: EDU • Van Dam: gegen Ausschüttung von 50% der Strukturfördermittel auf die Regionen in den alten Mitgliedstaaten • Bonde: gegen weitere Strukturförderung für die „reichen“ Mitgliedstaaten¹⁰⁶ EVP-DE • Grossetête: für die von der KOM vorgeschlagene Neuregelung¹⁰⁷	Nach Mitteilung der Kommission: EVP-DE • Grossetête: für Erhöhung der Ausgaben für die Forschung¹⁰⁸	Nach Mitteilung der Kommission: Grüne • Buitenweg: für mehr finanzielle Flexibilität in der Außenpolitik¹⁰⁹ SPE • i Naval: für Investitionen in GASP, Lissabon und Erweiterung

AUSSCHUSS DER REGIONEN			Nach Mitteilung der Kommission: für die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit¹¹⁰	
DEUTSCHLAND	- für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹¹¹ - für Beibehaltung der beschlossenen stufenweisen Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen¹¹² - gegen Erhöhung des gesamten Agrarbudgets zu Gunsten der Entwicklung des ländlichen Raums¹¹³	- für Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP - für Senkung der Ausgabenobergrenze zu Gunsten zukunftssträchtiger Bereiche¹¹⁴ - für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft¹¹⁵ - für Absorptionsgrenze von maximal 4% des BIP - für Konzentration der EU-Strukturmittel auf die Ziel 1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt - für Verwendung von maximal 5-10% der EU-Strukturfondsmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1, insbesondere solche mit hohem europäischen Mehrwert - für Wegfall der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung als eigenständige Ziele - für zeitlich eng begrenzte, faire Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt - für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP - für ausreichenden beihilferechtlichen Spielraum für eine nationale Strukturpolitik	- für ausreichenden finanziellen Spielraum bei Zukunftsaufgaben und Innovationen¹¹⁹ - für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen - für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹²⁰	für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹²¹

		• für grundlegende Reform der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der Interreg-Förderung beiderseits der neuen Binnengrenzen der erweiterten Gemeinschaft¹¹⁶ • für faire Übergangsregelungen für die ost-deutschen Länder, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für einheitliches Regionalbeihilfenregime • für Konzentration der Gemeinschaftsmittel auf die strukturschwachen Regionen¹¹⁷ • für Programme mit hohem europäischen Mehrwert • gegen flächendeckendes und dauerhaftes Förderinstrument • für Gleichbehandlung der Regionen • für Erreichung der Lissabonziele durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und nicht durch Anwendung ausgabenintensiver Förderinstrumente¹¹⁸		
FRANKREICH	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹²² Nach Mitteilung der Kommission: • weiterhin für Beibehaltung der vereinbarten Agrarausgaben¹²³	• für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Vereinfachung der Vergabeverfahren¹²⁴	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹²⁵	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹²⁶

GROSSBRITANNI- EN	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹²⁷ Nach Mitteilung der Kommission: • Finanzminister Gordon Brown stellt Höhe der Agrarsubventionen bis 2013 in Frage¹²⁸	• gegen höhere Belastungen für die Nettozahler • für Konzentration der Strukturmittel auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten • für ausschließlich nationale Maßnahmen der Strukturpolitik in Mitgliedstaaten mit einem BIP von über 90% gemessen am EU-Durchschnitt; zeitlich begrenzte Übergangszahlungen möglich • für vereinfachte Vergabe und Überprüfung von Strukturmaßnahmen • für mehr Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität¹²⁹	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹³⁰ Nach Mitteilung der Kommission: • Bildung, Gesundheit und Verbraucherschutz sind Bereiche, die den Mitgliedstaaten vorbehalten sein sollten¹³¹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹³²
ITALIEN		• gegen Überschreitung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung; Anhebung des bisherigen Förderniveaus um mindestens 5% • für vorläufige Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Festlegung der Höhe der Ziel-1-Förderung nach dem jeweiligen regionalen BIP und der Beschäftigungsrate • für höhere Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Vereinfachung der Vergabeverfahren • für Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität¹³³		

NIEDERLANDE	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹³⁴ Nach Mitteilung der Kommission: • für Einsparungen in der Landwirtschaftspolitik¹³⁵	• für beträchtliche Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen Mitgliedstaaten, nicht mehr zwischen Regionen (Kohäsions-Ansatz) • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Vereinfachung und Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität bei der Vergabe von Strukturmitteln • für Beibehaltung von Maßnahmen mit europäischem Mehrwert, insbesondere in Hinblick auf die grenzüberschreitende Kooperation¹³⁶ Nach Mitteilung der Kommission: • für Einsparungen in der Strukturpolitik¹³⁷	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹³⁸ Nach Mitteilung der Kommission: • gegen Erhöhung der Ausgaben in den Bereichen Bildung und Arbeitsmöglichkeiten. Diese Aufgaben können besser auf nationaler Ebene gehandhabt werden¹³⁹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁴⁰
BELGIEN		• gegen Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für mehr Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität¹⁴¹		

DÄNEMARK	Nach Mitteilung der Kommission: für weitere Liberalisierung der GAP¹⁴²	- für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung - für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP - für faire und zeitlich begrenzte Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt - für mehr Effizienz und Dezentralisierung bei der Durchführung von Strukturmaßnahmen - für Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation¹⁴³ Nach Mitteilung der Kommission: - für Ausrichtung der Strukturbeihilfen auf die neuen Mitgliedsstaaten¹⁴⁴	Nach Mitteilung der Kommission: für höhere Investitionen in den Bereichen Forschung und Innovation¹⁴⁵	
SCHWEDEN	für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹⁴⁶	- für beträchtliche Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP - für Konzentration der Fördermittel auf die Beitrittsländer - für Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen Mitgliedstaaten, nicht mehr zwischen Regionen (Kohäsions-Ansatz) - für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP - für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung, falls die Regionalförderung entgegen eigener Ansichten bestehen bleibt - für Verwendung von maximal 5-10% der Strukturmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel- 1, zum Beispiel für die Ziel-2-Förderung und die grenzüberschreitende Kooperation¹⁴⁷	- für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen - für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹⁴⁹ Nach Mitteilung der Kommission: - für Erhöhung der Ausgaben zum Erreichen der Ziele von Lissabon, durch Investitionen in Forschung, Entwicklung, Bildung und Technologie¹⁵⁰	- für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁵¹ Nach Mitteilung der Kommission: - für höhere Ausgaben für die PJZS und GASP¹⁵²

		Nach Mitteilung der Kommission: • Spanien, Portugal und Griechenland sollten nur für Regionen, die unter 75% des EU-BIP liegen, Strukturhilfen bekommen • ärmere Regionen in „reicheren“ Mitgliedstaaten sollten vornehmlich in nationaler Verantwortung liegen¹⁴⁸		
FINNLAND	• für Umschichtung finanzieller Mittel von der GAP auf die Entwicklung des ländlichen Raums¹⁵³ Nach Mitteilung der Kommission: • für Erhöhung der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums um 20%¹⁵⁴	• gegen Überschreitung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Fördermittel auf die Ziel-1-Förderung • für Ausweitung der Kriterien zur Bestimmung der Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Übergangsregelungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für ¼ der Strukturmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1 • für Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit • für Vereinfachung und Dezentralisierung bei der Vergabe und Durchführung von Strukturmaßnahmen¹⁵⁵ Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der Ziel 1-Förderung für Gebiete in Nord- und Ost-Finnland • für Ausgaben von bis zu 0,40% des EU-Haushalts für Strukturförderung¹⁵⁶		

ÖSTERREICH	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹⁵⁷		• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹⁵⁸ Nach Mitteilung der Kommission: • für Erhöhung der Ausgaben für Forschung, Technologieentwicklung, nachhaltiges Wachstum und Bildung • gegen starken Anstieg der Verwaltungskosten sowie die extreme Anhebung der Unternehmensförderung¹⁵⁹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁶⁰
SPANIEN	Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹⁶¹	Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der bisherigen Strukturförderung zum Abbau von regionalen Disparitäten¹⁶² • für Übergangsregelung in Höhe von 90% der bisher gewährten Mittel für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt¹⁶³ • für Strukturförderausgaben in Höhe von 0,41% des EU-BNE¹⁶⁴	Nach Mitteilung der Kommission: • für die von der Kommission beschlossene Erhöhung der Ausgaben für mehr Wachstum und Beschäftigung • für die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Ausgaben für die PJZS¹⁶⁵	Nach Mitteilung der Kommission: • für die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁶⁶

PORTUGAL		• für Minimum an Ausgaben für die EU-Strukturpolitik in Höhe von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung der bisherigen Förderhöhe für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung; Anhebung des bisherigen Förderniveaus um mindestens 5% • für Beibehaltung und mögliche Erhöhung der Mittel des Kohäsionsfonds • für Vereinfachung, mehr Transparenz und Dezentralisierung bei der Vergabe von Strukturmitteln¹⁶⁷		
POLEN	• für schrittweisen Abbau der Agrarsubventionen zu Gunsten von EU-Projekten für Ausbildung und EU-Verteidigung¹⁶⁸	Nach Mitteilung der Kommission: • für die von der Kommission vorgeschlagene Höhe der Strukturausgaben von 0,41% des EU-BNE¹⁶⁹		
SLOWENIEN		• für Konzentration der Fördermittel auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Ziel-1-Förderung bis 2013 und anschließender Übergangszahlungen für Regionen in den Beitrittsländern, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung des Kohäsionsfonds mit einem Drittel der gesamten Strukturausgaben • für Beibehaltung der Ziel-1- und Ziel-2-Förderung sowie einer Stärkung der Gemeinschaftsinitiativen, insbesondere im Hinblick auf grenzüberschreitende Kooperation • für Vereinfachung der Vergabe von Strukturmitteln¹⁷⁰		

TSCHECHIEN		• für Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Erfüllung der Kohäsionsziele • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung • für Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen; ¾ der Strukturmittel für die Ziel-1-Förderung • für Beschränkung der Höhe und Dauer von Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung wegen oder auch ohne Erweiterung entfällt • für Zusammenlegung der Ziel-1- und Ziel-2-Förderung • für Vereinfachung, mehr Transparenz und Dezentralisierung bei der Vergabe von Strukturmitteln • für unterschiedliche Modelle nationaler Kofinanzierung entsprechend dem Entwicklungsstand der Mitgliedstaaten • für Beibehaltung des Kohäsionsfonds mit einem Drittel der gesamten Strukturausgaben¹⁷¹		
SLOWAKEI	Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013			

UNGARN		• für Gleichbehandlung der alten und der neuen Mitgliedstaaten der EU • für Erhöhung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung • für Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen • für Beibehaltung und Stärkung des Kohäsionsfonds • für Vereinfachung der Vergabeverfahren • für mehr regionalpolitischen Handlungsspielraum für die Regionen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität • für Erhöhung der Ausgaben für die interregionale Kooperation, insbesondere mit Blick auf die neuen EU-Nachbarstaaten • für Etablierung eines finanziellen Instruments für die Einbindung des gesamten westlichen Balkans in die europäische Politik¹⁷²		
LITAUEN		• für Steigerung der Strukturausgaben • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung in den Regionen • für bisherige Festlegung der Höhe der Ziel-1-Förderung nach dem jeweiligen regionalen BIP • für flexiblere Handhabung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für klare Begrenzung der Dauer und Höhe von Übergangszahlungen für das Ausscheiden aus der Ziel-1-Förderung		

		• gegen Übergangsregelungen für das Ausscheiden aus dem Kohäsionsfonds • für Erweiterung der Aufgaben des Kohäsionsfonds • für Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation¹⁷³		
MALTA		• für Auslaufen der Ziel-1-Förderung in den Beitrittsländern, erst nachdem diese die volle Förderung für einige Zeit erhalten haben • für Konzentration der Fördermittel auf die Beitrittsländer • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Vereinfachung der Vergabeverfahren¹⁷⁴		

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite Deutschland

BUNDESREGIE- RUNG, BUNDES- LÄNDER UND PARTEIEN	Landwirtschaft	Strukturpolitik	Interne Politikbereiche	Externe Politikbereiche
BUNDESREGIE- RUNG	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹⁷⁵ • für Beibehaltung der beschlossenen stufenweisen Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen¹⁷⁶ • gegen Erhöhung des gesamten Agrarbudgets zu Gunsten der Entwicklung des ländlichen Raums¹⁷⁷	• für Senkung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP • für Senkung der Ausgabenobergrenze zu Gunsten zukunftsträchtiger Bereiche¹⁷⁸ • für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft¹⁷⁹ • für Absorptionsgrenze von max. 4% des BIP • für Konzentration der EU-Strukturmittel auf die Ziel 1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Verwendung von maximal 5-10 % der EU-Strukturfondsmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1, insbesondere solche mit hohem europäischen Mehrwert • für Wegfall der Ziel-2- und Ziel- 3-Förderung als eigenständige Ziele • für zeitlich eng begrenzte, faire Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP	• für ausreichenden finanziellen Spielraum bei Zukunftsaufgaben und Innovationen¹⁸³ • für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹⁸⁴	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁸⁵

		• für ausreichenden beihilferechtlichen Spielraum für eine nationale Strukturpolitik • für grundlegende Reform der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der Interreg-Förderung beiderseits der neuen Binnengrenzen der erweiterten Gemeinschaft¹⁸⁰ • für faire Übergangsregelungen für die ost-deutschen Länder, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für einheitliches Regionalbeihilfenregime • für Konzentration der Gemeinschaftsmittel auf die strukturschwachen Regionen¹⁸¹ • für Programme mit hohem europäischen Mehrwert • gegen flächendeckendes und dauerhaftes Förderinstrument • für Gleichbehandlung der Regionen • für Erreichung der Lissabonziele durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und nicht durch Anwendung ausgabenintensiver Förderinstrumente¹⁸²		
--	--	--	--	--

BUNDESLÄNDER		• NRW, Saarland und Bremen für Beibehaltung und nach Möglichkeit Unterschreitung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP¹⁸⁶ • ostdeutsche Bundesländer fordern Strukturhilfen bis zu 0,45% des EU-BIP¹⁸⁷ • für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für höhere Effizienz des Mitteleinsatzes durch mehr regionalpolitischen Handlungsspielraum gemäß dem Subsidiaritätsprinzip für die Mitgliedstaaten und Regionen • für Konzentration auf Maßnahmen mit hohem europäischen Mehrwert Reform der EU-Strukturpolitik: Alternative 1 – Fortsetzung bisheriger Strukturpolitik (v. a. ostdeutsche sowie einige westliche Bundesländer) • Teil der Länder ist für der Ziel-1-Förderung entsprechende Übergangsregelungen, inkl. des diesbezüglichen Beihilferegimes, für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • Übergangsregelungen für Regionen, die auch ohne Erweiterung aus der Ziel-1-Förderung fallen • Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf auf regionaler Ebene gemessen am EU-Durchschnitt		
--------------	--	--	--	--

		• für einen aus Kohäsionsfonds und Strukturfonds kombinierten Förderbetrag für die Kohäsionsländer, vorrangig für Umwelt- und Infrastrukturmaßnahmen • geeignete Fortführung der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung • Beschränkung der EU-Administration im Hinblick auf Vereinfachung und Dezentralisierung • mehr beihilferechtlichen Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten und Regionen Alternative 2 – Solidaritäts- oder Nettfondssystem (Nettozahler Bayern, Baden-Württemberg und Hessen) • ausschließliche Förderung schwächerer Mitgliedstaaten durch direkte Transferzahlungen für strukturwirksame Projekte im Rahmen eines Solidaritätsfonds • mehr beihilferechtlichen Handlungsspielraum für die nationale Strukturförderung • Zustimmung der Länder nur bei frühzeitiger und rechtsverbindlicher Zusage durch den Bund für eine angemessene Kompensation der den Ländern entgehenden EU-Mittel¹⁸⁸ Nach Mitteilung der Kommission: • ostdeutsche Länder für Fortsetzung der EU-Förderung auch für die Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • CDU-regierte Länder in Ostdeutschland fordern Bundesregierung zu mehr Engagement auf¹⁸⁹		
--	--	--	--	--

SPD	• für Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktionsmenge¹⁹⁰	• SPD-Fraktion: lehnt die Ausweitung der Ausgaben für die Strukturpolitik, wie von Barnier gefordert, als Vorfestlegung ab¹⁹¹ Nach Mitteilung der Kommission: • für stärkere Konzentration der Ziel-1-Förderung auf die strukturschwachen Gebiete • für Vereinfachung der Vergabeverfahren¹⁹² • für Einschnitte bei den bisherigen Empfängern zu Gunsten der Beitrittsländer • für Programme mit spürbarem europäischen Mehrwert • für regional eigenständige Wirtschaftsstrukturpolitik¹⁹³	• für Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Forschung, Technologie und Entwicklung¹⁹⁴	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	• für mittelfristige Senkung der Agrarausgaben • für Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen für die Landwirtschaft im Sinne von Multifunktionalität¹⁹⁵ Nach Mitteilung der Kommission: • für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013¹⁹⁶	• gegen Überschreitung, aber für Ausschöpfung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Konzentration von 2/3 der EU-Strukturmittel auf die Ziel-1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für gerechte Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP • für Beibehaltung der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung und ihre Konzentration auf Maßnahmen mit hohem europäischen Mehrwert	• für Erhöhung der Ausgaben, u. a. für die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz, Forschung, Integration und europäische Wissensgesellschaft • gegen Beihilfen für die Atomenergie • gegen Beihilfen für ökologisch schädliche Produkte und Produktionsverfahren • für verstärkten Kampf gegen Betrug, Verschwendung und Korruption²⁰³ Nach Mitteilung der Kommission: • für Erhöhung der Ausga-	• für Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den jährlichen Haushaltsplan • für Erhöhung der Finanzmittel für die GASP²⁰⁵

		• für mehr Eigenverantwortung auf lokaler und regionaler Ebene • für Vereinfachung der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik¹⁹⁷ • für Förderung der Grenzregionen • für Abschaffung des Kohäsionsfonds¹⁹⁸ Nach Mitteilung der Kommission: • erachtet die von der Kommission vorgeschlagene Begrenzung der Strukturförderung auf 0,41% des EU-BNE als gute Grundlage¹⁹⁹ • Konzentration der Strukturmittel auf die Beitrittsländer trägt zur Verbesserung der Absatzchancen der deutschen Exportwirtschaft bei²⁰⁰ • 25% der Gelder fließen an die Nettozahler in Form von Investitionen zurück • für Ausweitung der Kriterien für die Ziel-1-Förderung²⁰¹ • gegen Renationalisierung der Förderung oder Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten²⁰²	ben für Forschung, Innovation, Infrastruktur und die Transeuropäischen Netze ²⁰⁴	
--	--	---	---	--

CDU/CSU	• für vollständige Entkopplung, um weniger Bürokratie und mehr Übersichtlichkeit zu schaffen • für beschlossene stufenweise Einführung der Direktzahlungen für die Beitrittsländer²⁰⁶ • für nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen, vollständig und dauerhaft sichergestellt durch den Bund • gegen Modulation als zu bürokratisch und nicht notwendig für die Entwicklung des ländlichen Raums • gegen Cross-Compliance als zu bürokratisch und kostenintensiv²⁰⁷ • gegen mögliche Degression der Beihilfen durch das beschlossene „Einfrieren“ der Ausgabenobergrenze bei gleichzeitiger Erweiterung²⁰⁸	• für Reduzierung von Einzahlungen und Rückflüssen durch Konzentration auf die Förderung wirtschaftlich besonders schwacher Regionen • für der Ziel-1-Förderung entsprechende Übergangsregelungen einschließlich des diesbezüglichen Beihilfereglements für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Anschlussregelungen für Regionen, die auch ohne Erweiterung aus der Ziel-1-Förderung ausscheiden • für mehr Transparenz, Vereinfachung und Adressatennähe bei der Vergabe von Strukturfördermitteln sowie effizienter Ergebniskontrolle • für verstärkte Förderung deutscher Grenzregionen zu den Beitrittsländern²⁰⁹ • für spürbare Beschränkung der Beihilfenkontrolle der Kommission sowie der gesamten administrativen Verfahren der EU zu Gunsten nationaler und regionaler Handlungsspielräume • für Konzentration der Strukturfonds auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten in Form des Nettofondssystems²¹⁰ Nach Mitteilung der Kommission: • für adäquate Ausgleichszahlungen durch den Bund für die ostdeutschen Länder bei Ausscheiden aus der Ziel-1-Förderung²¹¹	Nach Mitteilung der Kommission: • gegen zentral gesteuerte europäische Innovationspolitik²¹²	Nach Mitteilung der Kommission: • für größeren haushaltspolitischen Spielraum für die GASP²¹³
----------------	---	--	--	---

FDP	• für nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen • für mehr nationale Steuerungsmöglichkeiten • für vollständige Entkopplung, um weniger Bürokratie und mehr Übersichtlichkeit zu schaffen • für Abbau von Exportsubventionen und Agrarzöllen • für mehr Effizienz/Transparenz in der Agrarbürokratie sowie eine Vereinfachung der Vergabeverfahren • für Cross-Compliance zum Bürokratieabbau²¹⁴ Nach Mitteilung der Kommission: • für Einsparungen durch Abbau von Marktordnungen und Öffnung der Agrarmärkte²¹⁵	Nach Mitteilung der Kommission: • für mehr Transparenz und effizienteren Mitteleinsatz • für Konzentration der Strukturmittel auf die schwächsten Regionen • für angemessene Übergangsregelungen • Kohäsionsfonds nur noch für neue Mitgliedstaaten bis 2013 • für generell kurze Verfallsfristen für EU-Fördergelder²¹⁶	• für Umschichtung der Ausgaben hin zu Bildung, Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien²¹⁷ Nach Mitteilung der Kommission: • für angemessene Ausstattung der Bereiche Forschung, Transeuropäische Netze, Sicherung der Außengrenzen und Kriminalitätsbekämpfung²¹⁸	
PDS	• für mehrjährige Übergänge bei Umschichtungen in der Agrarförderung • für geringeren Verwaltungsaufwand²¹⁹	• für Übergangszahlungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf für die Ziel-1-Förderung • für Ausweitung der Kriterien der Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Ziel-1- und Ziel-2-Förderung • für Umverteilung nicht fristgemäß eingesetzter Mittel auf andere Länder und Regionen • für Sonderaktionsprogramm zur Flankierung des Beitrittsprozesses in den Grenzregionen²²⁰		

-
- 1 Vgl. „Konflikt mit EU-Geberländern droht“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 08.01.2004, S. 12.
 - 2 Vgl. Schreyer, Michael, „Herausforderungen an den EU-Haushalt nach 2006“, Rede am 14.10.2003, Centre of European Policy Studies (CEPS), Brüssel, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/speeches/ceps_brussels_141003_de.pdf
 - 3 Vgl. „Pacte, budget: la Commission hésite face aux Etats“, in: **Le Monde**, 09.01.2004, S. 5. Siehe auch „Streit über den Brief der Sechs“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 17.12.03, S. 2 sowie „Prodi: Ich bin nicht der Weihnachtsmann“, in: **Süddeutsche Zeitung**, 17.12.03, S. 1.
 - 4 Vgl. „Pacte, budget: la Commission hésite face aux Etats“, in: **Le Monde**, 09.01.2004, S. 5.
 - 5 Vgl. „Konflikt mit EU-Geberländern droht“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 08.01.2004, S. 12.
 - 6 Vgl. „Unsere gemeinsame Zukunft. Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union – 2007-2013“, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, 10.02.2004, http://www.europa.eu.int/comm/budget/pdf/financialfrwk/enlarg/COM_2004_101_de.pdf
 - 7 Vgl. „L’Union européenne se dote d’un projet de budget ambitieux pour la période 2007-2013“, 10.02.2004, <http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0@2-3214,36-352512,0.html>
 - 8 Vgl. „Nachgefragt: Michael Schreyer. Wir brauchen ein gerechteres System“, in: **Handelsblatt**, 30.09.2003, S. 6.
 - 9 Vgl. „Zickzack in die Zukunft“, in: **Die Zeit**, 12.12.2002, S. 21.
 - 10 Vgl. Anm. 5.
 - 11 Vgl. „Kommission geht mit Konzept für EU-Steuer in die Offensive“, in: **Handelsblatt**, 02.02.2004, S. 1.
 - 12 Vgl. „Deutschlands Beitrag zum EU-Etat sinkt leicht“, in: **Handelsblatt**, 19.09.2003, S. 8.
 - 13 Vgl. Anm. 5.
 - 14 Vgl. Sitzung des Europäischen Parlaments am 10.02.2004, <http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/calendar?APP=PDF&FILE=20040210r.pdf&TYPE=CRE>
 - 15 Vgl. „Budget UE pour 1007/2013: favoriser les politiques durables et créatrices de croissance – Pas d’impôt européen.“ Francoise Grossetête MdEP, 10.02.2004, <http://epp-ed.europarl.eu.int/Press/showpr.asp?PRControl-DocTypeID=1&PRControlID=2520&PRContentID=4840&PRContentLG=fr>
 - 16 Vgl. „Solche Krisen sind nicht neu in Europa“, Interview mit Daniel Cohn-Bendit, in: **Die Welt**, 02.03.2004, http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_dok/0,,54962,00.htm
 - 17 Vgl. ebd.
 - 18 Vgl. Anm. 13.
 - 19 Vgl. Sir Albert Bore, Präsident des ADR: „Erklärung zu den Vorschlägen der Kommission über die finanziellen und politischen Perspektiven der erweiterten Union im Zeitraum 2007-2013“, http://www.cor.eu.int/de/press/cprss2004/cor_04_02010.html
 - 20 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel-577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm> Siehe auch Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?print.View=y>
 - 21 Vgl. Gemeinsamer Brief von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Präsident Jacques Chirac und Premierminister Tony Blair an den Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Bertie Ahern, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, 18.02.2004, <http://www.bundesregierung.de/Anlage609399/Gemeinsamer+Brief+von-Chirac%2c+Schr%fd+der+und+Blair+-+deutsche+Version.pdf>
 - 22 Vgl. Europäische Finanzverfassung – Erklärung von Hans Martin Bury im Plenum des Europäischen Konvents, 04.04.2003, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4308
 - 23 Vgl. Anm. 19.
 - 24 Vgl. Anm. 20.
 - 25 Vgl. Anm. 6.
 - 26 Vgl. Anm. 19.
 - 27 Vgl. Anm. 20.
 - 28 Vgl. „EU-Haushalt. Rabattschlacht“, in: **Handelsblatt**, 08.10.03, S. 9.
 - 29 Vgl. Anm. 6.
 - 30 Vgl. „Eichel gewinnt Verbündete im Streit über den EU-Haushalt“, in: **Süddeutsche Zeitung**, 21.01.2004, S. 6.
 - 31 „Franco Frattini: Exclusive summits will deepen Europe’s divisions“, in: **Financial Times**, http://www.esteri.it/ita/6_38_90_01.asp?id=9868mod=4&min=0
 - 32 Vgl. Anm. 10.
 - 33 Vgl. Anm. 19.
 - 34 Vgl. „Notitie Agenda 2007, De Nieuwe Financiële Perspectieven 2007-2013“, Regierungserklärung, 23.02.2004, www.minbuza.nl/default.asp/CMS_TCP=tcpAsset&id=EEE67090E25D43AE834D503054B25A1DX1X35345
 - 35 Vgl. ebd.
 - 36 Vgl. Anm. 19.
 - 37 Vgl. „Danmarks bidrag til EU vil stige med milliarder, in: **Politiken**, 10.02.2004, www.politiken.dk/VisArtikel-.asp?PageID=306252
 - 38 Vgl. Anm. 29.
 - 39 Vgl. Anm. 19.
 - 40 Pressemitteilung des schwedischen Finanzministeriums „Finansminister Bosse Ringholm: „EU kommissionens nya förslag till långtidsbudget er helt realistiskt“. 10.02.2004 <http://finans.regeringen.se/>
 - 41 Vgl. „EU vill ha nya miljarder av Sverige“, in: **Svenska Dagbladet**, 11.02.2004, http://student.svd.se/dynamiskt-utrikes/did_6892450.asp
 - 42 Vgl. Anm. 19.

- 43 Vgl. „Bundeskanzler Schlüssel: Österreich für Deckelung des EU-Budgets auf 1% des BNP“, 17.02.2004, http://www.austria.gv.at/aktuell/database/topnews/german/20040217_5548.html
- 44 Vgl. „Brüssel will mehr Geld – Berlin wehrt sich“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.01.2004, S. 1.
- 45 Vgl. „Schlüssel verteidigt EU-Nettozahler-Haltung“, 16.02.2004, http://www.austria.gv.at/aktuell/database/informationen-german/20040216_04.html#8556
- 46 Wie „Prodi: Ich bin nicht der Weihnachtsmann“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.03, S. 1.
- 47 Vgl. „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: *Handelsblatt*, 18.12.2003, S. 3.
- 48 Vgl. Rodriguez-Spiteri Palazuelo, José, Botschafter Spaniens in Deutschland, „The reform of EU structural policy and enlargement: do the structural funds will continue to be the main instrument of European solidarity after 2006“, Statement auf der Tagung der Heinrich Böll Stiftung und des Arbeitskreis Europäische Integration zur **EU Strukturpolitik nach 2006: Perspektiven für die Reform**, Berlin 13.03.2004.
- 49 Vgl. ebd.
- 50 „Regeringens ställningstagande till kommissionens meddelande 10.02.2004 om de ekonomiske ramarna“, Regierungserklärung der finnischen Regierung, 11.02.2004, www.valtioneuvosto.fi/tiedostot/pdf/sv/62997.pdf
- 51 Vgl. ebd.
- 52 Vgl. ebd.
- 53 Vgl. Anm. 48.
- 54 Vgl. „Gov't: EC proposal is good springboard for further discussion“ 10.02.2004, in: *News Bulletin*, 12.02.2004, Embassy of the Republic of Poland in Washington, D.C., http://www.polandembassy.org/News/Biuletyny_news/News_2004/p2004-02-12.htm
- 55 Vgl. „Poland happy with Barnier's regional aid plan says minister“, 19.02.2004, <http://www.unia-polska.pl/index.php?id=4&q=840>
- 56 Vgl. „Hungary urges big EU nations to be generous“, in: *The Financial Times*, 14.01.2004, S. 2.
- 57 Vgl. „Meeting of the Prime Ministers of the Visegrad Group“, Warschau 08.03.2004, http://www.kprm.gov.pl/english/402_6302.htm
- 58 Vgl. ebd.
- 59 Vgl. Anm. 29.
- 60 Vgl. Anm. 19.
- 61 Vgl. Anm. 20.
- 62 Vgl. Anm. 21.
- 63 Vgl. Eckpunkte der Regierungschefs der Länder zur Zukunft der Struktur- und Wettbewerbspolitik der EU nach 2006, beschlossen auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 23.-25. Oktober 2002 in Hamburg.
- 64 Vgl. EU-Haushalt: SPD für mehr Innovation, <http://europakampa.de/servlet/PB/menu/1484073/index.html>
- 65 Vgl. Thesen zur Zukunft der Regionalpolitik, Garrelt Duin, MdEP der SPE, http://duin.ostfriesland-vier.de/callmodule.php?container_id=42&print=1
- 66 Vgl. Schwall-Düren, Angelica, „Europäischer Finanzrahmen 2007 bis 2013“, 12.02.2004, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,28662-print,00.htm
- 67 Vgl. Eckpunktepapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur EU-Strukturpolitik nach 2006, 5/6.2003, http://www.sh.gruene.de/%7Erainder/html/europa/strukturpolitik/eck_struktur.html
- 68 Vgl. „Die Spardebatte stärkt EU-Gegner“, in: *Die Tageszeitung*, 12.02.2004, S. 4.
- 69 Vgl. Beschluss. Europawahlprogramm 2004, 30.11.2003, http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_datei/0,,4931,00.pdf
- 70 Vgl. Steenblock, Rainer, Rede beim Institut für Europäische Politik (IEP), 09.02.2004, http://www.sh.gruene.de/~rainder/html/europa/strukturpolitik/re_mittagsgesprach_9-2-04.html
- 71 Vgl. ebd.
- 72 Vgl. Steenblock, Rainer, Rede in der Europa-Debatte des Bundestages, 13.02.2004, http://www.sh.gruene.de/~rainder/html/europa/strukturpolitik/re_aktuell_13-02-04.html
- 73 Vgl. Glos, Michael, „Sparsamkeit hat Priorität“, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 19.01.2004, <http://www.cdcsu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnN1Y3Rpb249MSZpZD03Nzg1Jg==&control=96123212176261886925116911313966179138222152>
- 74 Vgl. „CDU-Europapolitik. Pöttering fordert mehr Klarheit in den EU-Finzen“, 21.01.2004, http://www.cdu.de/ueber-uns/buvo/poettering/hp_210104.htm
- 75 Vgl. Rupprecht, Albert, „Bundesregierung ohne überzeugende Rolle“, Rede in der Europa-Debatte im Bundestag am 13.02.2004, <http://www.cdcsu.de/meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnN1Y3Rpb249MSZpZD03OTMyJg==&control=20914462643217104128169692011412331552468>
- 76 Vgl. Hintze, Peter, „Kanzlerbrief provozierte überzogenen Kommissionsvorschlag“, 10.02.2004, <http://www.cdcsu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnN1Y3Rpb249MSZpZD03OTMyJg==&control=20914462643217104128169692011412331552468>
- 77 Vgl. Müller, Gerd, „Nein zur eigenen EU-Steuer - Europa muss sich begrenzen“, außen- und europapolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 19.01.2004, <http://www.cdcsu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnN1Y3Rpb249MSZpZD03Nzg2Jg==&control=180190130107314249224752081034523724910586>
- 78 Vgl. „Koch-Mehrin: Forderung nach zusätzlichen Geldern ist inakzeptabel“, 01/2004, http://www.fdp-europawahl.de/webcom/show_article.php/_c-2/_nr-7/_p-1/i.html
- 79 Vgl. „Wir können Europa besser. Für ein freies und faires Europa“. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken, <http://www.fdp-bundesverband.de/pdf/Wahlprogramm-europawahl.pdf>
- 80 Vgl. Winterstein, Claudia, „EU-Haushalt umstrukturieren, nicht aufstocken“, Rede in der Europa-Debatte des Bundestages, 13.02.2004, <http://www.fdp-fraktion.de/rede.php?id=689&druckversion=1>
- 81 Vgl. „Solms – EU-Steuer überflüssig“, 10.07.2001, <http://www.fdp-fraktion.de/pressemitteilung.php?id=32821>
- 82 Vgl. „Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa“, PDS-Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004, 31.01.2004, <http://www.pds-online.de/wahlen/dokumente/europawahlprogramm2004/pdf/europawahlprogramm2004.pdf>

- 83 Vgl. Schreyer, Michael, „Herausforderungen an den EU-Haushalt nach 2006“, Rede am 14.10.2003, Centre of European Policy Studies (CEPS), Brüssel, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/speeches/ceps_brussels_141003_de.pdf
- 84 Vgl. „Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie“, in: *Prager Zeitung*, 14.11.2002, S. 3.
- 85 Vgl. „Zank um EU-Finzenzen weitet sich aus“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.12.2003, S. 6. Siehe auch „Die Suche nach einem Steinbruch im EU-Haushalt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.12.2003, S. 12.
- 86 Vgl. Anm. 5.
- 87 Vgl. Anm. 40.
- 88 Vgl. „Nachgefragt: Michael Schreyer. Wir brauchen ein gerechteres System“, in: *Handelsblatt*, 30.09.2003, S.6.
- 89 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2003, S.23. Siehe auch „Die EU-Strukturpolitik verfehlt ihr Ziel“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.02.2003, S. 19.
- 90 Vgl. „EU-Kommissare streiten über Gelder für Regionalpolitik“, in: *Handelsblatt*, 01.10.2003, S. 6.
- 91 Vgl. „Muss die EU die Strukturhilfen erhöhen?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 31.01.2003, S. 9. Siehe auch „EU ignoriert Sparaufrufe Deutschlands“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.01.2003, S. 13.
- 92 Vgl. Anm. 88.
- 93 Vgl. ebd. Siehe auch „Brussels to delay EU budget paper“, in: *The Financial Times*, 13.11.2003, S. 1.
- 94 Vgl. ebd. Siehe auch „Commissioners launch bid to scale back aid to poor EU regions“, in: *The Financial Times*, 30.09.2003, S. 1.
- 95 Vgl. Anm. 5.
- 96 Vgl. „Brüssel besteht auf höheren EU-Ausgaben“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.02.2004, S. 1.
- 97 Vgl. Marschall, Birgit, „Schreyer droht mit Stopp der EU-Förderung in Ostdeutschland“, 13.02.2004, <http://www.ftd.de/pw/eu/1076688937334.html>
- 98 Vgl. Anm. 82.
- 99 Vgl. „Schreyer ist mit EU-Verfassung noch unzufrieden“, in: *Der Tagesspiegel*, 11.07.2003, S. 5.
- 100 Vgl. Anm. 3.
- 101 Vgl. Anm. 5.
- 102 Vgl. Anm. 82. Siehe auch „Schreyer: Mehr Geld für Außenpolitik“, in: *Handelsblatt*, 14.02.2003, S. 5.
- 103 Vgl. Anm. 5.
- 104 Wie Anm. 13
- 105 Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem zweiten Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, C 284 E/329, 07.02.2002, <http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/ce284/ce28420021121de03290336.pdf>
- 106 Vgl. Anm. 13.
- 107 Wie Anm. 15.
- 108 Vgl. Anm. 15.
- 109 Vgl. Anm. 13.
- 110 Vgl. Anm. 18.
- 111 Vgl. Anm. 19.
- 112 Vgl. „Schröder und Chirac wollen EU-Reformen entschlossen vorantreiben“, 10.06.2003, <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Europaeische-Union/Nachrichten-9221.492352/artikel/Schroeder-und-Chirac-wollen-EU.htm>
- 113 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2003, S.23.
- 114 Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?printView=y>
- 115 Vgl. ebd. Siehe auch „Bundesregierung gerät im Streit um EU-Strukturhilfe unter Druck“, in: *Handelsblatt*, 10.11.2003, S. 6.
- 116 Vgl. Gloser, Günther, „Förderung der bayerischen Grenzregionen: Interreg-Programm soll fortgesetzt werden“, 17.02.2004, <http://www.gloser-spd.de>
- 117 Vgl. „Stolpe: EU fördert auch in Zukunft den Aufbau Ost“, 18.02.2004, <http://www.bmfvb.de/cms-aussen-spezial/externalViews/ExternalViews.jsp?contentID=19477&printView=true>
- 118 Vgl. Statement von Rüdiger Stotz, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, auf der Tagung der Heinrich Böll Stiftung und des Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin 12.03.2004.
- 119 Vgl. Anm. 114.
- 120 Vgl. Anm. 19.
- 121 Vgl. ebd.
- 122 Vgl. Anm. 19. Siehe auch „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: *Handelsblatt*, 18.12.2003, S. 3.
- 123 Vgl. Clarisse, Yves, „L'Union européenne entame un débat explosif sur son financement“, 10.02.2004, <http://www.fr.news.yahoo.com/040210/85/3mzom.html>
- 124 Vgl. Reform der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts: Beitrag Frankreichs, 10/2002, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/french_government_dec_02_en.pdf
- 125 Vgl. Anm. 19.
- 126 Vgl. ebd.
- 127 Vgl. ebd.
- 128 Vgl. „EU-Finances. Prodi opens way for 16 months of fierce squabbles“, in: *The Financial Times*, 11.02.2004, S. 2.
- 129 Vgl. UK Government position on the future of EU regional policy – Statement to Parliament, 17.10.2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/ukgov_position_0903_en.pdf Siehe auch: A modern regional policy for the United Kingdom, 3/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/departement_of_trade_and_industry_mar_03.pdf
- 130 Vgl. Anm. 19.
- 131 Vgl. Anm. 127.
- 132 Vgl. Anm. 19.

- 133 Vgl. Second Italian Memorandum on the reform of the EU Regional Cohesion Policy 2007-2013, 10/2002, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/second_italian_memorandum_dec_02_en.pdf
- 134 Vgl. Anm. 19.
- 135 Vgl. "Commissie wil meer geld voor EU-begroting", in: Pressemitteilung des niederländischen Außenministeriums, 11.02.2004, www.minbuza.nl
- 136 Vgl. Contribution of the Netherlands. Key document on the Future of Economic and Social Cohesion Policies, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/dutchposition1.pdf
- 137 Vgl. Anm. 134.
- 138 Vgl. Anm. 19.
- 139 Vgl. Anm. 134.
- 140 Vgl. Anm. 19.
- 141 Vgl. The outlook for the European cohesion policy after 2006. Contribution of Belgium with a view to the informal council of Chalkidiki on 16 May 2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/cohesiebeleid_belgisch_standpunt_080503_en.pdf
- 142 "EU's flerårige finansielle rammer efter 2006", Mitteilung des dänischen Finanzministeriums, <http://www.finansministeriet.dk/visNyhed.asp?artikelID=6322>
- 143 Vgl. Enabling cohesion in an enlarged EU of 25. Memorandum by the Danish Government, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memo_dk_en.pdf
- 144 Vgl. „Danmarks bidrag til EU vil stige med milliarder, in: Politiken, 10.02.2004, www.politiken.dk/VisArtikel.i.asp?PageID=306252
- 145 Vgl. Ebd.
- 146 Vgl. Anm. 19.
- 147 Vgl. „Non-Paper“. Sweden. Basic position on the future EU cohesion policy, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_sweden_may_2003_en.pdf
- 148 Vgl. Sven-Olof Petersson, Ständiger Vertreter Schwedens bei der EU: „How can the Future EU Budget be limited to 1% of GDP? The View of the Gang of Six“, März 2004, http://www.ceps.be/Article.php?article_id=299
- 149 Vgl. Anm. 19.
- 150 Vgl. Pressemitteilung des schwedischen Finanzministeriums „Finansminister Bosse Ringholm: „EU kommissionens nya förslag till långtidsbudget er helt realistiskt“. 10.02.2004 <http://finans.regeringen.se/>
- 151 Vgl. Anm. 19.
- 152 Vgl. Anm. 147.
- 153 Vgl. Informal regional policy ministerial meeting in Greece Chalkidiki, 16.05.2003. Finnish views on future EU cohesion policy, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/finnish_position_en_140503_en.pdf
- 154 Vgl. Anm. 47.
- 155 Vgl. Anm. 152.
- 156 Vgl. Anm. 47.
- 157 Vgl. Anm. 19.
- 158 Vgl. ebd.
- 159 Vgl. Anm. 42.
- 160 Vgl. Anm. 19.
- 161 Vgl. Anm. 47.
- 162 Vgl. Memorandum. Regional Policy and Enlargement, Spanien, 19.04.2001, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memorandumespagnol_01_en.pdf Siehe auch "EU ignoriert Sparaufrufe Deutschlands", in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 27.01.03, S. 13.
- 163 Vgl. „Spanien kämpft um Schadensbegrenzung“, in: **Frankfurter Rundschau**, 09.02.2004, S. 2.
- 164 Vgl. Anm. 47.
- 165 Vgl. ebd.
- 166 Vgl. ebd.
- 167 Vgl. Portuguese position on economic and social cohesion policy reform (unofficial translation), 9/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/portugal_030709_en.pdf
- 168 Vgl. „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: **Handelsblatt**, 18.12.2003, S. 3.
- 169 Krystyna Gurbel (Ministerin für EU Hilfsfonds) „Michel Barnier's EU regional aid package for the 2007 to 2013 is in line with Polish expectations“, in: „Poland happy with Barnier's regional plans says minister“, 19.02.2004, <http://www.unia-polska.pl/index.php?id=4&q=840>
- 170 Vgl. Reform of Economic and Social Cohesion Policy: the Contribution of the Republic of Slovenia, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memo_slovenia_en.pdf
- 171 Vgl. Memorandum of the Czech Republic on the Reform of the EU's Economic and Social Cohesion Policy, 10/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/czech_oct03_en.pdf
- 172 Vgl. Memorandum of the Hungarian government on the future of the cohesion policy of the European Union, 7/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/hungarian_memorandum.pdf
- 173 Vgl. Lithuanian non-paper on the future EU Cohesion Policy. Summary of essential statements from the Lithuanian position regarding the role of Cohesion Policy in the enlarged EU, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_republic_of_lithuania_en.pdf
- 174 Vgl. Memorandum on the Future Cohesion Policy of the European Union, Malta, 21.08.2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_republic_of_lithuania_en.pdf
- 175 Vgl. Anm. 19.
- 176 Vgl. „Schröder und Chirac wollen EU-Reformen entschlossen vorantreiben“, 10.06.2003, <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Europaeische-Union/Nachrichten-9221.492352/artikel/Schroeder-und-Chirac-wollen-EU.htm>
- 177 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 18.11.2003, S.23.

- 178 Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?printView=y>
- 179 Vgl. ebd. Siehe auch „Bundesregierung gerät im Streit um EU-Strukturhilfe unter Druck“, in: **Handelsblatt**, 10.11.2003, S. 6.
- 180 Vgl. Anm. 115.
- 181 Vgl. Anm. 116.
- 182 Vgl. Anm. 117.
- 183 Vgl. Anm. 178.
- 184 Vgl. Anm. 19.
- 185 Vgl. ebd.
- 186 Vgl. Positionspapier der Länder Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen zur weiteren Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen, 17. Februar 2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/schref_de.pdf
- 187 Vgl. Anm. 102. Siehe auch „EU ignoriert Sparaufrufe Deutschlands“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 27.01.2003, S. 13 und „Die EU-Strukturpolitik verfehlt ihr Ziel“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 25.02.2003, S. 19.
- 188 Vgl. Eckpunkte der Regierungschefs der Länder zur Zukunft der Struktur- und Wettbewerbspolitik der EU nach 2006, beschlossen auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 23.-25. Oktober 2002 in Hamburg.
- 189 Vgl. „Ostländer auf den Barrikaden“, 15.02.2004, <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/761/26735/>
- 190 Vgl. Europamanifest der SPD. Europadelegiertenkonferenz am 16. November 2004, <http://www.europakampa.de/servlet/PB/show/1440820/manifest-europawahl-071103.pdf>
- 191 Vgl. Europa-Informationsbrief „Europapolitik der SPD-Bundestagsfraktion 2002-2003 – eine Bilanz“, 09.12.2003, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,2914,00.pdf
- 192 „Stärkere Konzentration der EU-Regionalpolitik nötig“, 19.02.2004, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,28760-print,00.htm
- 193 Vgl. Anm. 65.
- 194 Vgl. EU-Haushalt: SPD für mehr Innovation, <http://europakampa.de/servlet/PB/menu/1484073/index.html>
- 195 Vgl. Beschluss. Europawahlprogramm 2004, 30.11.2003, http://www.gruene-par-tei.de/rsvgn/rs_datei/0,,4931,00.pdf
- 196 Vgl. Anm. 69.
- 197 Vgl. Eckpunktepapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur EU-Strukturpolitik nach 2006, 5/6.2003, http://www.sh.gruene.de/%7Erainder/html/europa/strukturpolitik/eck_struktur.html
- 198 Vgl. Anm. 194.
- 199 Vgl. http://www.sh.gruene.de/~rainder/html/europa/strukturpolitik/pm_19-02-04.html
- 200 Vgl. Anm. 71.
- 201 Vgl. Anm. 70.
- 202 Vgl. Anm. 68.
- 203 Vgl. Anm. 194.
- 204 Vgl. Anm. 71.
- 205 Vgl. Anm. 194.
- 206 Vgl. Deutschland braucht seine Bauern. CDU/CSU-Positionspapier zur Agrarpolitik, 05.12.2002, http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/positionspapier_agrarpolitik3.pdf
- 207 Vgl. Memorandum von CDU/CSU zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, 28.04.2003, http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/memorandum_klausurtagung_2804.pdf
- 208 Vgl. „Vertane Chance – EU-Agrarreform bringt deutschen Landwirten Nachteile“, 07.10.03, <http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/beschluss-agrarreform-071003.htm>
- 209 Vgl. Strukturpolitik zukunftsfähig gestalten. Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 01.04.2003, Drucksache 15/749, <http://www.cdusu.de/aktuelles/initiativen/F715-9FBA298E92F9CE32E1D092CEC5FC11348-r2d4usbh.pdf>
- 210 Vgl. Hofbauer, Klaus, „Ein klares Konzept zur Reform der europäischen und nationalen Strukturpolitik“, Rede zur Strukturpolitik am 05.06.2003, <http://www.cdusu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0xJnN1YnN1Y3Rpb249-NiZpZD0xMzg5Jg==&control=1942081321181146413311936323312712713190>
- 211 Vgl. Anm. 74.
- 212 Vgl. ebd.
- 213 Vgl. Anm. 75.
- 214 Vgl. FDP-Antrag zur EU-Agrarpolitik vom 13.02.2003, <http://mdb.liberal.de/fraktion/dateien/initiativen/AntragEU-Agrarpolitik050203.pdf>
- 215 Vgl. Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine/ Winterstein, Claudia, „EU-Finanzplanung nicht zukunftsorientiert“, 10.02.2003, <http://www.fdp-fraktion.de/pressemitteilung.php?id=37869&druckversion=1>
- 216 Vgl. Anm. 79.
- 217 Vgl. „Wir können Europa besser. Für ein freies und faires Europa“. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken, <http://www.fdp-bundesverband.de/pdf/Wahlprogramm-europawahl.pdf>
- 218 Vgl. Anm. 79.
- 219 Vgl. Anm. 81.
- 220 Vgl. ebd.